
AUF DEM WEG IN DEN WIDERSTAND -
DIE „ECHO“-VERSAMMLUNG DER
HAMBURGER SPD 1933

AUF DEM WEG IN DEN WIDERSTAND – DIE „ECHO“-VERSAMMLUNG DER HAMBURGER SPD 1933

Dr. Holger Martens

Erweiterte und ergänzte Fassung des Beitrags:

Holger Martens: Auf dem Weg in den Widerstand – Die „Echo“-Versammlung der Hamburger SPD 1933,
in: Hamburg und sein norddeutsches Umland. Aspekte des Wandels seit der Frühen Neuzeit.

Festschrift für Franklin Kopitzsch, Hrsg. Dirk Brietzke, Norbert Fischer, Arno Herzig, Hamburg 2007, S. 354–376.

IMPRESSUM

Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft ehemals verfolgter Sozialdemokraten Hamburg (AvS)

Text und Redaktion: Dr. Holger Martens

Gestaltung und Satz: Julia Werner

Herstellung und Verlag: Books on Demand GmbH, Norderstedt

Titelbild:

Diese Publikation wurde durch die Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz, Freie und Hansestadt Hamburg, gefördert.

© AvS c/o SPD Hamburg, Hamburg 2010

Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdrucks, insbesondere für Vervielfältigungen, der Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen sowie der fotomechanischen Wiedergabe, der Übersetzung, der Verfilmung, des Fernsehens und des Vortrages, vorbehalten.

1. Auflage 2010

ISBN

Inhalt

Vorwort	7	Mette, Dr. Alfred	51
		Podeyn, Hans	51
		Raloff, Georg	52
AUF DEM WEG IN DEN WIDERSTAND – DIE „ECHO“- VERSAMMLUNG DER HAMBURGER SPD 1933		Ruscheweyh, Dr. Herbert	53
		Saalfeld, Rudolf	55
		Schacht, Jonni	58
Der NS-Terror	8	Schmedemann, Walter	59
Die Teilnehmer	14	Schmedemann, Willi	62
Die Diskussion	15	Schönfelder, Adolph	63
Die Verhaftung	17	Schüler, Willi	64
Die Verteidigung	21	Schumann, Otto	64
Nachwort	25	Selbach, Theodor	65
Anmerkungen	27	Sellmer, Louis	66
		Staudinger, Hans	67
		Tessnow, Willi	68
BIOGRAPHIEN DER VERSAMMLUNGSTEILNEHMER		Thormann, Paul	70
		Ullrich, Karl	71
Baumann, Franz	32	Westphal, Hans	72
Berkmann, Kurt	32	Zabe, Grete	72
Bock, Wilhelm	33		
Born, Friedrich	35		
Braune, Heinrich	36	DOKUMENTE	
Brüggemann, Bernhard	37	Merkblätter der Sozialdemokratischen Partei	74
Brunhöver, August	37	Rundscheiben	103
Burrmeister, Otto	38	Rotes Blitzlicht	127
Dahrendorf, Gustav	39	Der Polizeipräsident an das Reichsministerium des Inneren	130
Eisenbarth, Heinrich	41	Schreiben von Dr. Ruscheweyh an die Gefangenen	132
Finnern, Robert	42		
Göthel, Emil	43		
Günther, Hedwig	44		
Hartlein, Paul,	45		
Karpinski, Paula	45		
Keilhack, Adolf	46		
Keilhack, Irma	47		
Meitmann, Karl	49		

Vorwort

Schon 1924 sahen sich republiktreue Parteien und Organisationen, allen voran die SPD, gezwungen, das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ als überparteiliche Schutzorganisation zu gründen, zum Schutz der eigenen Veranstaltungen und vor allem zum Schutz der demokratischen Republik. Stahlhelm oder die SA der NSDAP, sowie der KPD-nahe Rote Frontkämpferbund lieferten sich mit dem Reichsbanner – später Eiserne Front – blutige Straßen- und Saalschlachten. Nach den Erfahrungen, die in den neun Jahren bis zur Machtübernahme Hitlers gemacht wurden, konnten die Genossen eigentlich keine Illusionen haben, wie sich Nationalsozialisten im Besitz diktatorischer Vollmachten und unter der Beseitigung einer pluralen Gesellschaft verhalten würden. Schon waren kommunistische Mandatsträger und Funktionäre verhaftet, und als nächster Schritt erfolgte der Versuch, mit den sogenannten „Gleichsetzungsgesetzen“ vom 1. März und 7. April 1933 bestehende gesellschaftliche und staatliche Organisationen zu übernehmen und entsprechend der NS- Ideologie auszurichten.

In dem nachfolgenden Beitrag zeichnet Holger Martens nach, wie sich das Netz um die Hamburger SPD enger und enger zog, wie man versuchte, die Partei auch unter Pressionen zusammen halten zu können, und in Erinnerung an die Verfolgungszeit unter dem Sozialistengesetz Bismarcks auf einen Zusammenbruch der NS-Diktatur und das Überleben der SPD zu hoffen. Die Verhaftungen der führenden Hamburger SPD-Funktionäre anlässlich der – genehmigten – Versammlung in den Räumen der parteieigenen Zeitung „Hamburger Echo“ setzten den Schlusspunkt unter diese Illusionen und es begann der Weg in die Illegalität.

Nicht jeder und jede Genossin gingen in den Widerstand, aber fast alle blieben trotz Verlust des Arbeitsplatzes und massiver Pressionen in Distanz zum sogenannten Dritten Reich. Viele versuchten, den NS-Organisationen fern zu bleiben, den Hitlergruß zu vermeiden, Verfolgten zu helfen, ihre Kinder dem Einfluss der NS-Ideologie zu entziehen – lauter Versuche resistenten Verhaltens. Den Widerstand bezahlten nicht wenige mit ihrem Leben oder ihrer Gesundheit und nur zu selten wird die Notlage der Familien von Verhafteten geschildert, die als „politisch unzuverlässig“ von der Volkswohlfahrt nicht viel zu erwarten hatten.

Man hüte sich aber, über Anpassung oder Widerstand leichtfertig zu urteilen, vielmehr sollte man sich an die Mahnung Bertold Brechts in seinem Gedicht „An die Nachgeborenen“ erinnern:

„Ihr, die ihr auftauchen werdet aus der Flut
In der wir untergegangen sind
Gedenkt
Wenn ihr von unseren Schwächen sprecht
Auch der finsternen Zeit
Der ihr entronnen seid“

Helga Kutz-Bauer
Vorsitzende AvS

Der NS-Terror

Mit der Wahl eines von Nationalsozialisten geführten Senats am 8. März 1933 begann auch in Hamburg der staatlich organisierte Terror. Die nach der Reichstagsbrandverordnung willkürlich einsetzbare Schutzhaft, die Einrichtung eines der richterlichen Kontrolle entzogenen Konzentrationslagers und die Aufstellung einer Hilfspolizeitruppe, bestehend aus Mitgliedern von SA, SS und Stahlhelm, machten Massenverhaftungen von politischen Gegnern möglich.² Am 23. März 1933 konnten die Mandatsträger der SPD – die Kommunisten waren bereits untergetaucht oder verhaftet – nur noch unter Lebensgefahr an der Tagung des Reichstags in der Krolloper teilnehmen.³

Systematisch schränkten die neuen Machthaber die Bewegungsfreiheit und das öffentliche Auftreten der SPD ein. Das Anfang März 1933 gegen die Parteizeitung „Hamburger Echo“ ausgesprochene Verbot wurde nicht wieder aufgehoben. Mitte März untersagten die Nationalsozialisten das Heraushängen von Fahnen der SPD und der KPD. Im April wurde der SPD und ihren Organisationen verboten, Plakate zu kleben und öffentliche Gebäude wie Schulen und Turnhallen zu nutzen. Schließlich wurden der SPD Ende April politische Versammlungen und Demonstrationen gänzlich untersagt. Am 29. April 1933 fasste der Chef der Ordnungspolizei alle bisherigen Verbote in einer neuen Polizeiverordnung zusammen. Danach waren nun auch Flugblätter und Transparente verboten und von der Polizei zu beschlagnahmen. Ab Mitte Mai war es verboten, Abzeichen der SPD öffentlich zu tragen.⁴

Nach dem Verbot der Parteizeitung hatte sich die SPD-Landesorganisation bemüht, die Mitglieder und darüber hinaus auch die interessierte Öffentlichkeit durch das „Merkblatt der Sozialdemokratischen Partei,

Landesorganisation Hamburg“ über die wichtigsten politischen Ereignisse in Hamburg und Deutschland zu unterrichten. Das Merkblatt, das offiziell „nur für Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei bestimmt“ war, wurde zwar seit der Revolution von 1918 herausgegeben, erhielt nun aber eine ganz neue Funktion. Die beiden ersten Merkblatt-Ausgaben erschienen noch vor dem endgültigen Verbot der Parteizeitung.⁵ In Merkblatt Nr. 5, das Anfang April herausgegeben wurde, war die Rede von Otto Wels zum Ermächtigungsgesetz am 23. März 1933 „nach dem amtlichen Stenogramm in ihrem Wortlaut“ abgedruckt, in der der Parteivorsitzende unter lebhaftem Beifall der Sozialdemokraten sagte: „Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht“ und anschließend die Ablehnung des Gesetzes begründete.⁶ Anfang April 1933 wurde das Merkblatt im Abstand von wenigen Tagen gedruckt. Soweit bekannt, war die Ausgabe Nr. 7 das letzte Exemplar, das am 10. April erschienen ist.⁷ Auf der ersten Seite war die Kandidatenliste der Hamburger SPD abgedruckt, die für die Neubesetzung der Bürgerschaft auf der Grundlage des Gleichschaltungsgesetzes der Länder bis zum 13. April eingereicht werden musste. Veröffentlicht wurden außerdem eine Stellungnahme des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) zur Vereinheitlichung des Gewerkschaftswesens und der Wortlaut des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums, mit dem Juden sowie SPD- und KPD-Mitglieder aus dem öffentlichen Dienst entfernt wurden.

Es darf durchaus angenommen werden, dass der Hamburger SPD der Druck und die Verbreitung des Merkblattes verboten wurde. Am 20. April 1933 gab der Landesvorstand ein weniger aufwendiges, sechsseitiges „Rundschreiben an die Mitglieder der Landesorganisa-

tion“ heraus. Darin trat der Landesvorstand Berichten der bürgerlichen Presse entgegen, nach denen die SPD zerfalle. Dazu hieß es: „Die Gegner haben stark auf einen Zerfall der Partei spekuliert, und es ist ihr großer Kummer, daß von einem Zerfall oder gar einer Selbstaflösung nicht die Rede sein kann. Allerdings sind in Hamburg und in einigen anderen Orten Austritte von Beamten und Angestellten erfolgt – aber nicht aus Protest gegen die Führung, sondern unter dem Druck behördlicher Zwangsmaßnahmen.“ Ausführlich wurden die angeblichen Korruptionsskandale um Max Brauer und August Kirch in Altona und um Adolph Schönfelder in Hamburg zurückgewiesen.⁸ In der gleichen Aufmachung erschienen neun Tage später „Organisations-Informationen für unsere Mitglieder“. Neben einem kurzen Bericht über die Reichskonferenz der SPD am 26. April stand erneut die Zukunft der sozialdemokratischen Presse im Mittelpunkt. Die Autoren gingen nunmehr davon aus, dass die SPD-Zeitungen auf Dauer verboten bleiben würden. Am Ende wurden alle Parteimitglieder „nachdrücklich“ ersucht, ihre Beiträge zu zahlen: „Die Aufrechterhaltung auch beschränkter Organisationsarbeit erfordert eine pünktliche Beitragszahlung.“⁹ Entgegen den vorherigen Äußerungen hatte die Partei möglicherweise doch mit Zerfallserscheinungen zu kämpfen.

Bevor mit der Beschlagnahme des Parteivermögens am 10. Mai 1933 die Parteiarbeit endgültig zum Erliegen kam, gab die Landesorganisation am 5. Mai 1933 ein weiteres, vermutlich letztes Mal gedruckte Mitteilungen heraus. In leicht veränderter Aufmachung erschien das „Rundschreiben an die Mitglieder der Landesorganisation Hamburg der SPD“. In dem vierseitigen Papier wurden jetzt ausführliche Passagen von Wels' Rede auf der Reichskonferenz abgedruckt. Es darf vermutet werden, dass die detaillierte Wiedergabe der Ausführungen des Parteivorsitzenden zur politischen Situation auch auf den persönlichen Besuch von Wels Ende April / Anfang Mai in Hamburg zurückzuführen war. In dieser Zeit – vermutlich Anfang Mai – kam der Hamburger Parteivorstand zu einer illegalen Sitzung im Wintermoor in der Lüneburger Heide zusammen. Möglicherweise stand diese Zusammenkunft, an der nachweislich Karl Meitmann, Alfred Mette und Adolph Schönfelder teilnahmen, im Zusammenhang mit dem

Besuch von Wels. Beschlossen wurde jedenfalls, einen Vertrauensmann mit Bargeld der Hamburger SPD ins Ausland zu senden.¹⁰ Diejenigen, die sich an den Vorbereitungen auf die Illegalität beteiligten, sollen von Otto Wels nachdrücklich in ihren Bemühungen unterstützt worden sein.¹¹ Wels, der sich unmittelbar nach der Besetzung der Gewerkschaftshäuser in das noch unter französischer Verwaltung stehende Saarbrücken begab, hatte schon auf der Reichskonferenz mit den Worten: „Eine geistige Unterwerfung und Anpassung darf es für uns nicht geben“ deutlich gemacht, dass er anders als die ADGB-Führung zu keinen Zugeständnissen bereit war.¹² Otto Wels grenzte sich damit auch innerparteilich gegen diejenigen ab, die unter allen Umständen am legalen Kurs festhalten wollten. Darauf, dass auch in Hamburg beide Lager vertreten waren, deutet ein Artikel in dem Rundschreiben vom 20. April unter dem Titel: „Das Schicksal unserer Partei“ hin. Der Autor erklärt darin: „Wie die Sozialdemokratie in Zukunft organisatorisch, agitatorisch und parlamentarisch arbeiten kann, steht noch nicht fest. Daraus erklärt sich eine gewisse Unsicherheit, die aus manchen Äußerungen in der Partei zu spüren ist. Nur eines müßte allen klar sein: für ‚illegale‘ Arbeit ist die Sozialdemokratie weder in ihrer bisherigen Organisation noch in ihren Menschen eingerichtet.“¹³

In dem Rundschreiben vom 5. Mai 1933 wurde mitgeteilt, dass seit dem 28. April 1933 sozialdemokratische Versammlungen verboten seien und dass dieses Verbot am Tag darauf durch eine Verordnung bestätigt worden sei. Die neue Polizeiverordnung wurde vollständig abgedruckt.¹⁴

Nachdem die Nationalsozialisten mit brutaler Gewalt die Gewerkschaftshäuser besetzt hatten, befürchteten auch die Sozialdemokraten Übergriffe. Da die Aufbewahrung von Parteiunterlagen sowohl in den Räumen der Partei als auch in Meitmanns eigenem Haus zu gefährlich war, verbrannte der SPD-Vorsitzende in seiner Waschküche am Maienweg 281 zahlreiche Dokumente, darunter einmalige Originale aus der Parteigeschichte von unersetzlichem Wert.¹⁵ Der als Kassierer für die Partei hauptamtlich tätige Claus Umland hatte vorsorglich einen Großteil der Geldreserven

mobilisiert und den Parteisekretären und –Angestellten drei Monatsgehälter im Voraus ausgezahlt. Über die Hälfte des Geldes wurde treuhänderisch einem Rechtsanwalt übergeben, der damit seine Unkosten und die anderer für die Verteidigung von Sozialdemokraten decken sollte. Mehrere Distriktvorsitzende erhielten Geld für eine Existenzgründung. Der Rest wurde an Verfolgte und deren Familienangehörige verteilt. Nach eigenen Angaben setzte sich Umland aus Furcht vor einer Verhaftung vom 8. Mai vorübergehend nach Landskron im Sudetenland ab. Am 25. Juni 1933 kehrte er zurück nach Hamburg.¹⁶ Möglicherweise war es Umland, der als Vertrauensmann auf Beschluss des Hamburger Parteivorstands Bargeld ins Ausland brachte.¹⁷ Tatsächlich war die Gestapo am 10. Mai in der Wohnung des Parteikassierers erschienen und wollte ihn verhaften. Durch das umsichtige Handeln des Kassierers fielen den Nationalsozialisten von den Bankguthaben in Höhe von 59 000 Reichsmark nur 17 000 in die Hände.¹⁸

Als am 10. Mai 1933 die erwartete Besetzung des Parteibüros mit der Beschlagnahme des Parteivermögens erfolgte, waren die Sozialdemokraten vorbereitet. Verabredungsgemäß befand sich die Parteiangestellte Irma Schweder (spätere Keilhack) allein im Parteibüro in der Großen Theaterstraße: „Mit ‚Hände hoch‘ und gezücktem Revolver sollte ich die Parteidokumente und Geld herausgeben, das wir bis auf ein paar wertlose Papiere und ein paar Mark bereits vorher in Sicherheit gebracht hatten. Die SA-Männer hausten aus Wut darüber wie die Barbaren, zerfetzten und zerstörten, was ihnen in den Weg geriet und schlossen das Büro.“¹⁹ Von der Beschlagnahme des Parteivermögens war auch die parteieigene Verlagsanstalt mit der Druckerei betroffen. Die Sozialdemokraten hatten damit auch die letzte Möglichkeit verloren, durch Rundschreiben die eigenen Mitglieder zu informieren und damit Verhaftungen, Verleumdungen und die Abschaffung der Pressefreiheit öffentlich zu machen.

Darüber, wann, wo und wie die Sozialdemokraten angesichts des Versammlungsverbotes Informationen austauschten, Verabredungen trafen und die aktuelle Situation diskutierten, ist nur wenig bekannt. Als Er-

satz für die geschlossene Parteizentrale wurden zwei Ausweichbüros eingerichtet, von denen aus die illegale Arbeit vorbereitet werden sollte. Allerdings wurden hier auch die üblichen Organisationsarbeiten wie die Beitragskassierung vorgenommen.²⁰

Dass Organisationsstrukturen fortbestanden, zeigte sich Mitte Juni 1933, als noch einmal führende Vertreter der Hamburger SPD zusammenkamen. Anlass war das Interesse der Nationalsozialisten am „Hamburger Echo“. Nach Einschätzung des Reichstagsabgeordneten und „Echo“-Redakteurs Gustav Dahrendorf gab es bei den neuen Machthabern ein Interesse an der Übernahme der Parteizeitung, um die Hamburger Arbeiter zu erreichen. Versuche, die „Echo“-Leser für den von den Nationalsozialisten kontrollierten Hamburger Anzeiger zu gewinnen, waren erfolglos geblieben. Im Mai 1933 wandte sich NS-Reichstatthalter Karl Kaufmann über einen Mittelsmann an den früheren Senator Emil Krause, der ebenfalls der Redaktion angehört hatte. Danach sollte Dahrendorf als Chefredakteur tätig werden und drei weitere Redakteure benennen dürfen, während die Nationalsozialisten ebenfalls drei Redakteure bestimmen wollten.²¹

Inwieweit es sich hier überhaupt um einen ernstzunehmenden Vorschlag gehandelt hat, lässt sich nicht mehr feststellen. Kaum anzunehmen ist, dass die Nationalsozialisten Dahrendorf die Mehrheit in der Redaktion überlassen hätten. Auch wären von einem prominenten Reichstags- und Bürgerschafts-abgeordneten wie Dahrendorf sicher weitreichende Zugeständnisse an die neuen Machthaber erwartet worden. Andererseits waren die Möglichkeiten der Presseberichterstattung ohnehin schon sehr stark eingeschränkt. Eine kritische Berichterstattung gab es nach der Gleichschaltung der Presse nicht mehr. Dass es sich bei dem Vorstoß von Kaufmann dennoch nicht um eine Einzelaktion handelte, sondern auch in anderen Regionen ähnliche Überlegungen angestellt wurden, belegt das Lübecker Beispiel.

Lübeck war ebenfalls eine SPD-Hochburg mit einem eigenen Parteiblatt, dem „Lübecker Volksboten“. Hier hatten die Redakteure Dr. Julius Leber und Dr. Fritz

Solnitz den Nationalsozialismus in scharfer Form bekämpft. Offensichtlich wurde mit der gleichen von Kaufmann in Hamburg formulierten Zielsetzung die SPD-Zeitung unter Beibehaltung ihres Namens zum parteiamtlichen Organ der Lübecker NSDAP gemacht. Die politisch profiliertesten Redakteure wurden verhaftet, ein Teil der Redaktion sowie Mitarbeiter des Verlags und des technischen Betriebs hingegen übernommen.²² Verlagsgeschäftsführer Max Blunck wurde von führenden Sozialdemokraten beauftragt, unter allen Umständen seine Position zu behaupten. Rückblickend wurde argumentiert, dass nur so eine Rückführung des konfiszierten Verlags in SPD-Eigentum gewährleistet werden konnte. Vermutlich spielte allerdings die 1933 weit verbreitete Meinung, die Nationalsozialisten würden sich nicht über eine längere Zeit an der Macht halten können, eine Rolle. Tatsächlich blieb Blunck, der 1938 der NSDAP beitrug, während der gesamten NS-Zeit Geschäftsführer.²³ Wirkung zeigte offensichtlich auch ein Aufruf des Geschäftsführers an die Leser des „Volksboten“ am 16. Mai 1933. Immerhin konnte der von den neuen Machthabern eingesetzte Chefredakteur Anfang Juli vermelden, dass von den 12 000 Abonnenten rund 7 000 dem „Volksboten“ treu geblieben waren.²⁴ Die Erwartungen der Nationalsozialisten, mit der Übernahme der SPD-Zeitung auf die Meinungsbildung der Lübecker Arbeiter Einfluss nehmen zu können, dürften sich erfüllt haben.

Gustav Dahrendorf erklärte rückblickend, dass er dem Kaufmann-Plan von vornherein ablehnend gegenübergestanden habe. Doch sah er die Möglichkeit, angesichts des Versammlungsverbots die führenden Hamburger Sozialdemokraten zusammenzurufen, um die aktuelle politische Entwicklung und vermutlich vor allem die drohende Spaltung der SPD-Spitze zu diskutieren. Nachdem der Parteivorstand Anfang Mai 1933 sechs Vorstandsmitglieder zum Aufbau einer Auslandsführung nach Prag entsandt hatte, sprachen sich diese gegen eine Teilnahme der SPD-Fraktion an der Reichstagssitzung am 17. Mai 1933 aus. Die sich noch in Freiheit befindlichen SPD-Abgeordneten entschieden sich jedoch unter den Morddrohungen des NS-Reichsinnenministers Frick mehrheitlich für

die Teilnahme. Im Reichstag stimmte die SPD-Fraktion sogar einer außenpolitischen Erklärung Hitlers zu. Die SPD-Exilführung plädierte dagegen für eine klare Haltung gegen das NS-Regime und forderte am 21. Mai 1933 die Niederlegung aller Abgeordnetenmandate im Reichstag und im Preußischen Landtag. Der Vorschlag aus Prag traf in Berlin auf wenig Resonanz und so steuerten beide Gruppen weiter auf eine Konfrontation zu. Als am 18. Juni 1933 in Prag die erste Nummer des „Neuen Vorwärts“ mit dem Aufruf „Zerbrecht die Ketten“ erschien, distanzieren sich die Vorstandsmitglieder um Paul Löbe von den Emigranten. Bereits am darauf folgenden Tag ließ die Löbe-Gruppe einen neuen Vorstand wählen, der am 21. Juni 1933 zu seiner ersten und letzten Sitzung zusammentrat.²⁵

Auch in Hamburg kam es zu Richtungsstreitigkeiten. Besonders schmerzlich war für die Sozialdemokraten der Anpassungskurs der Hamburger ADGB-Leitung, die der Linie der Gewerkschaftsführung in Berlin folgte. In der zweiten Aprilhälfte führten Gewerkschaftsvertreter um den ADGB-Landesvorsitzenden und SPD-Bürgerschaftsabgeordneten John Ehrenteit Gespräche mit den Nationalsozialisten.²⁶ Am 27. und 28. April meldeten mehrere Hamburger Tageszeitungen Abspaltungstendenzen innerhalb der SPD-Bürgerschaftsfraktion.²⁷ Möglicherweise hat dabei auch die Rede von Otto Wels auf der Parteikonferenz am 26. April eine Rolle gespielt, in der der SPD-Vorsitzende Zugeständnisse an die Nationalsozialisten abgelehnt und den Gewerkschaftskurs kritisiert hatte. Zumindest ist davon auszugehen, dass der anschließende Besuch von Wels in Hamburg nicht zur Beilegung der Meinungsverschiedenheiten führte. Im Gegenteil, auch in Hamburg verhärteten sich die Fronten. In der Bürgerschaftsfraktion setzte die Mehrheit auf eine legale Fortsetzung der Arbeit. So brachte der Fraktionsvorsitzende Hans Podyeyn am 9. Mai, dem Tag vor der Beschlagnahme des Parteivermögens, im Ältestenrat die „Bereitwilligkeit zu positiver, sachlicher Mitarbeit zum Wohle Hamburgs“ zum Ausdruck. Zwar demonstrierte die Fraktion Geschlossenheit, indem sie aus Protest gegen die Vermögensbeschlagnahme der konstituierenden Bürgerschaftssitzung fernblieb,

doch wurde zugleich die „Bereitwilligkeit zur praktischen Mitarbeit“ angekündigt.²⁸ Vermutlich trug die Fraktionspitze damit auch dem starken Gewerkschaftsflügel in der Bürgerschaftsfraktion Rechnung. Ende Mai traten schließlich mit John Ehrenteit, Hugo Schotte, Wilhelm Petersen und Georg Amlung vier Gewerkschaftsvertreter aus der Fraktion aus. Ihnen folgte am 8. Juni Alfred Ehlers. Da die Gewerkschafter keine Fraktionsstärke erreichten, gingen sie ein Hospitantenverhältnis mit der NSDAP ein. Andere Gewerkschaftsfunktionäre wie Heinrich Steinfeldt und August Hein vollzogen den Bruch nicht. Peter Hass hingegen erklärte am 21. Juni seinen Austritt aus der Fraktion „infolge der innerorganisatorischen und politischen Vorgänge innerhalb der SPD“.²⁹

Allerdings drängte in der Bürgerschaftsfraktion eine Gruppe zum Teil jüngerer Abgeordneter auf eine Abkehr vom bisherigen Legalitätskurs und auf systematische Vorbereitungen für die Arbeit in der Illegalität. Zu diesen Sozialdemokraten gehörten Paula Karpinski, Walter und Willi Schmedemann, Karl Ullrich, Erich Lindstaedt, Louis Sellmer, Otto Schumann und August Hein.³⁰ Mit der Teilnahme der SPD-Abgeordneten an der für den 31. Mai 1933 anberaumten Bürgerschaftssitzung setzten sich allerdings erneut die Vertreter eines legalistischen Kurses durch.

Trotz aller Repressalien gelang es den Sozialdemokraten, weiterhin Informationsblätter zu verbreiten. Mindestens zwei maschinengeschriebene Ausgaben mit dem Titel „Rotes Blitzlicht“ wurden im Juni 1933 hergestellt. Die Ausgabe vom 3. Juni 1933 trug den Untertitel „Mitteilungen nur für Mitglieder der Sozialdemokratische Partei“. Hinweise auf die Urheberschaft und auch eine Unterschrift des 1. Vorsitzenden Karl Meitmann, wie es noch beim Rundschreiben vom 5. Mai 1933 der Fall gewesen war, fehlten. In der ersten Ausgabe befassten sich die Autoren ausführlich mit dem Austritt der Gewerkschafter aus der Partei und der Fraktion, ohne die Bürgerschaftsmandate niederzulegen. Dazu hieß es: „Dieser Ausbruch [...] aus unserer Front kommt einem Verrate gleich. In der Arbeiterbewegung sind sie durch ihr Verhalten somit moralisch geächtet.“ Ausdrücklich wurden August Hein und Heinrich Steinfeldt, die sich für den

Verbleib in der SPD entschieden hatten, erwähnt.³¹ Ein weiteres „Blitzlicht“, von dem nur die erste Seite überliefert ist, erschien am 10. Juni 1933. Das Blatt befasste sich mit den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen des NS-Regimes.³²

Gustav Dahrendorf nutzte das Interesse der Nationalsozialisten am „Hamburger Echo“ und ließ Gauleiter Kaufmann übermitteln, dass er die Angelegenheit im Kreise seiner Freunde besprechen müsse. Hierzu gab der Reichsstatthalter seine Zustimmung. Die Sitzung wurde für den 15. Juni 1933 im Redaktionsgebäude des „Hamburger Echo“, Fehlandtstraße 11-19, anberaumt, das rückwärtig an die Parteizentrale der SPD in der Großen Theaterstraße 42-44 grenzte.³³

Der Rechtsanwalt und frühere sozialdemokratische Bürgerschaftspräsident, Dr. Herbert Ruscheweyh, der selbst bis zum Verbot der SPD der Hamburgischen Bürgerschaft angehörte und die inhaftierten Parteifreunde vertrat, ermittelte, dass „Herr Schönfelder als einer der Inhaber der offenen Handelsgesellschaft Auer & Co. [...] die Zusammenkunft veranlasst“ hatte. Nach Ruscheweyhs Erkenntnissen hatten die bei Auer & Co sowie bei den Gewerkschaften von den neuen Machthabern als Kommissare eingesetzten Nationalsozialisten Dr. Hadenfeldt und Rudolf Habedank Besprechungen über die Herausgabe einer Zeitung im Verlag Auer & Co geführt. Auch andere Regierungsstellen waren an den Verhandlungen beteiligt. Die Zusammenkunft wurde einberufen, „um die Möglichkeit einer Verbreitung der etwa herauszugebenden Zeitung zu prüfen“.³⁴

Nach der Erinnerung von Rudolf Saalfeld wurde das Treffen von Adolph Schönfelder als einem der Geschäftsführer des Verlags Auer & Co arrangiert, um über die illegale Weiterführung der SPD zu diskutieren. Unter dem Vorwand, Verhandlungen über die Zukunft des „Hamburger Echo“ führen zu wollen, sei die Versammlung genehmigt worden.³⁵ Nach Staudinger lud der Landesvorsitzende Karl Meitmann „zur allgemeinen Berichterstattung und ersten Besprechung eines Entwurfes für die künftigen sozialistischen Aktionspläne“ ein.³⁶ Nach Walter Schmedemann handelte es sich um eine Parteiausschusssitzung.³⁷ Rechtsanwalt Ruscheweyh vermied tunlichst die Bezeichnung Parteisit-

zung, sondern sprach von der „Echo-Zusammenkunft“ und der „Zusammenkunft Fehlandtstraße“. ³⁸ Obwohl Zweifel daran bestehen, dass Meitmann eingeladen hatte, wobei mit Sicherheit nicht die von Staudinger genannten Beratungsthemen angeführt worden sind, kommt die Bezeichnung „Parteivorstands- und -ausschusssitzung“, die in die Literatur Eingang gefunden hat, sowohl hinsichtlich des Teilnehmerkreises als auch der inhaltlichen Ausrichtung dem eigentlichen Charakter der Zusammenkunft am nächsten. ³⁹ Da die Zusammenkunft im Redaktionsgebäude des „Hamburger Echo“ stattfand, wurde sie später auch schlicht „Echo“-Versammlung genannt. ⁴⁰

Nach bisherigen Erkenntnissen scheint der Teilnehmerkreis nicht allein auf die Parteivorstands- und -ausschussmitglieder beschränkt gewesen zu sein. ⁴¹ So nahmen neben den Mitgliedern des Landesvorstands und den Distriktvorsitzenden zahlreiche Bürgerschaftsabgeordnete, Parteiangestellte, Mitarbeiter des „Echo“ und die beiden Reichstagsabgeordneten teil. Dabei sind allerdings zahlreiche Doppelfunktionen zu berücksichtigen. Elf der anwesenden Bürgerschaftsabgeordneten waren zugleich Mitglied im Landesvorstand oder Vorsitzende eines Distrikts und gehörten damit offiziell dem Parteiausschuss an. Unter Berücksichtigung von Doppelfunktionen könnten nach einer vorsichtigen Schätzung bis zu 60 Personen eingeladen gewesen sein. Nach Dahrendorfs Erinnerung kamen etwa 30 bis 40 führende Vertreter der Hamburger SPD zusammen. Die Beratungen dauerten am 15. Juni bis Mitternacht, so dass beschlossen wurde, die Veranstaltung an nächsten Tag fortzusetzen. Dahrendorf und andere gingen dabei davon aus, dass eine Fortsetzung durch Kaufmanns Genehmigung abgedeckt sei. Nachdem sich der vermutlich in etwa gleiche Kreis am 16. Juni erneut in der Fehlandtstraße versammelt hatte, drang um 22.30 Uhr die Polizei in den Versammlungsraum ein und verhaftete die Anwesenden. Die Ordnungskräfte wurden vom Kommando zur besonderen Verwendung (KzbV) unterstützt, einer für ihre brutalen Übergriffe berühmte Truppe der von den Nationalsozialisten zur Durchsetzung der Diktatur einrichteten Hilfspolizei, die sich aus SA-, SS- und Stahlhelm-Männern rekrutierte. Nach Polizeiangaben wurden 30 Personen angetroffen. ⁴² Übereinstimmende

Berichte von Gustav Dahrendorf und Rudolf Saalfeld bestätigen, dass es Alfred Mette gelang, sich der Verhaftung zu entziehen, und Walter Schmedemann hatte nach eigenen Angaben die Veranstaltung eine halbe Stunde vor dem Polizeieinsatz verlassen, um an einer Aktion teilzunehmen, die im Zusammenhang mit den Hamburg-Besuch von Goebbels stand, so dass unter Berücksichtigung der offiziellen Angaben von 32 Teilnehmern ausgegangen werden kann. ⁴³

Tatsächlich waren deutlich mehr Personen anwesend. Bis zum Erscheinen dieser Publikation wurden 36 Teilnehmer sicher identifiziert. Weder meldete der Polizeisenator eine vollständige Liste der Teilnehmer, noch konnten sich diejenigen, die erst Jahrzehnte später ihre Erinnerungen an das Ereignis niederschrieben, an eine größere Anzahl von Namen erinnern. Auch in den Polizei- und Gefängnisakten ist nach bisherigen Erkenntnissen keine Teilnehmerliste überliefert. Die Akten von Rechtsanwalt Ruscheweyh, der die verhafteten Sozialdemokraten vertrat, wurden im Bombenhagel vernichtet.

Die Teilnehmer

Der Polizeisenator nannte in seinem Bericht an den Reichsinnenminister mit den Reichstagsabgeordneten Hans Staudinger und Gustav Dahrendorf sowie den Bürgerschaftsmitgliedern Adolph Schönfelder, Karl Meitmann, Hans Podeyn, Willy Schmedemann, Heinrich Eisenbarth und Grete Zabe die aus polizeilicher Sicht vermutlich wichtigsten Teilnehmer.⁴⁴ Tatsächlich handelte es sich bei den Genannten um die Führungsspitze der Hamburger SPD. Mit Schönfelder und Eisenbarth waren zwei frühere Senatoren anwesend, Meitmann war zugleich SPD-Landesvorsitzender und Podeyn Fraktionsvorsitzender. Gustav Dahrendorf war nicht nur Reichstagsabgeordneter, sondern auch Mitglied der Bürgerschaft, Mitglied des Landesvorstands und Redakteur beim „Echo“. Die Liste der Bürgerschaftsmitglieder war unvollständig. Auch die Abgeordneten Paula Karpinski, Karl Ullrich und Louis Sellmer sowie Walter Schmedemann, der die Sitzung vorzeitig verlassen hatte und der unentdeckt gebliebene Alfred Mette gehörten der Bürgerschaft an. Karl Ullrich zählte wie Adolf Keilhack und Irma Schweder (spätere Keilhack) zu den anwesenden Parteiangestellten. Mehrere Bürgerschaftsabgeordnete waren zugleich Distriktsvorsitzende, so führte Louis Sellmer den Distrikt St. Pauli-Süd, Bernhard Brüggemann den Distrikt Barmbek-Nord, Otto Schumann den Distrikt Neustadt, Walter Schmedemann den Distrikt Eilbek und sein Bruder Willi den Distrikt Barmbek-Süd. Brüggemann und Schumann stehen in einer Liste von insgesamt neun Personen, die nach Feststellung der Bürgerschaftskanzlei vom 6. Juli nach dem Verbot der SPD und der Aberkennung der sozialdemokratischen Bürgerschaftsmandate trotz eines Rundschreibens ihre Abgeordnetenfahrkarten und Schlüssel zum Aktenmappenschrank noch nicht ab-

gegeben hatten.⁴⁵ Die anderen sieben Abgeordneten gehörten ebenfalls zu den Teilnehmern der „Echo“-Versammlung, die aufgrund ihrer Verhaftung dieser Aufforderung nicht nachkommen konnten.

Der gleiche Grund kann für Brüggemann und Schumann angenommen werden, die zudem als Vorsitzende der Distrikte Barmbek-Nord und Neustadt zu den Parteiausschussmitgliedern zählten. Brüggemann befand sich nachweislich 1933 vier Wochen in Schutzhaft.⁴⁶ Von den 13 Landesvorstandsmitgliedern waren Wilhelm Bock⁴⁷, August Brunhöver, Gustav Dahrendorf, Heinrich Eisenbarth, Hedwig Günther, Paula Karpinski, Karl Meitmann, Hans Podeyn, Adolph Schönfelder und Grete Zabe anwesend. Darüber hinaus nahmen teil die Distriktsvorsitzenden: Willi Schüler von Hamm-Borgfelde, Jonni Schacht von Farmsen-Berne, Robert Finnern von Eppendorf-Winterhude, Hans Westphal von Groß-Borstel, Paul Thormann von Langenhorn, Willy Tessnow von St. Georg-Nord, Theodor Selbach von Hohenfelde und Friedrich Born von Harvestehude-Hoheluft. Emil Göthel stellte als Vertreter von Walter Schmedemann die Präsenz des Distrikts Eilbek sicher. Aus Barmbek-Süd war neben dem Distriktsvorsitzenden mit Kurt Berkmann ein Funktionär aus dem Kreis der insgesamt 35 Bezirksführer anwesend, die die Wohnbezirke des Distrikts repräsentierten. Georg Raloff, der als Funktionär in Eimsbüttel tätig war, aber auch als kaufmännischer Angestellter beim „Hamburger Echo“ arbeitete, nahm als Vertreter des Eimsbütteler Distriktsvorsitzenden Karl Büscher teil. Außerdem gehörten zu den Verhafteten Rudolf Saalfeld, der dem Distriktsvorstand auf der Veddel angehörte, und der „Echo“-Redakteur Heinrich Braune.⁴⁸ Franz Baumann wohnte in Barmbek-Nord und nahm auf Veranlassung seines Schwagers, Wilhelm Schmedemann,

Die Diskussion

an der Zusammenkunft teil. Er wurde am 16. Juni verhaftet und nach eigenen Angaben am 28. Juli 1933 entlassen. Als Funktion gab er Distriktsvorsitzender an.⁴⁹ Über einen von Friedrich Born genannten Teilnehmer namens Hartwig konnten bisher keine näheren Angaben ermittelt werden.⁵⁰ Gemeint sein dürfte der ebenfalls verhaftete Paul Hartlein, der als Pförtner in der Parteizentrale tätig war und zugleich als Vorsitzender des Distrikts Altstadt fungierte.⁵¹ Zu den Anwesenden gehörte auch Otto Burrmeister, über dessen Parteifunktion keine Angaben vorliegen.

Bei den Teilnehmern aus den Distrikten handelte es sich vor allem um Vertreter der größeren Parteioorganisationen. Von den 20 mitgliederstärksten Distrikten der insgesamt 34 Hamburger Parteigliederungen waren 13 Vorsitzende anwesend. Sie repräsentierten 55 Prozent der Mitglieder. Mit Rudolf Saalfeld und Georg Raloff als Distriktsvertreter waren etwa 68 Prozent der Mitglieder vertreten.⁵² Vermutlich gewährleisteten darüber hinaus auch noch andere Teilnehmer die Rückkoppelung in die Distrikte. Es kann somit davon ausgegangen werden, dass bis zum 16. Juni 1933 die Hamburger SPD noch über eine funktionierende Parteioorganisation verfügte, die es der Parteiführung erlaubte, einen Großteil der Funktionäre auf dem Laufenden zu halten.

Die Diskussion über die Zukunft des „Hamburger Echo“, der offizielle Anlass der Zusammenkunft, war offensichtlich kurz und verlief vermutlich ohne Kontroverse auf der von Dahrendorf vorgegebenen Linie. Jedenfalls spielt in keinem der Teilnehmerberichte die Parteizeitung eine wesentliche Rolle, noch scheint es abweichende Meinungen zur ablehnenden Haltung gegenüber dem Angebot von Kaufmann gegeben zu haben. Alle Berichterstatter konzentrierten sich vor allem auf den 16. Juni 1933.

Nach Angaben von Rudolf Saalfeld leitete Adolph Schönfelder als einer der Geschäftsführer des Verlags Auer & Co die Versammlung.⁵³ Schönfelder selbst erinnerte sich, dass zunächst über das „Hamburger Echo“ gesprochen wurde, es dann aber um die Entwicklung politischer Perspektiven ging.⁵⁴ Für die Diskussion hatte der Landesvorsitzende Karl Meitmann eine vierseitige „Situations-Analyse“ über die politischen Verhältnisse in Deutschland angefertigt. Der Inhalt dürfte im Wesentlichen von dem Nationalökonom Prof. Dr. Paul Hermberg bestimmt worden sein. Hermberg leitete in den 1920er Jahren Einrichtungen der Erwachsenenbildung und engagierte sich in der Arbeiterbildung. Seit 1929 war er Professor für Statistik an der Universität Leipzig. Mit Meitmann war Hermberg vermutlich seit seiner Studienzeit in Kiel befreundet. Das Papier hatte Meitmann nach eigenen Angaben mit Hermberg in dessen Wohnung in Jena verfasst und einen Tag später auf der Schreibmaschine der Ehefrau von Hans Staudinger in Berlin niedergeschrieben. Die Schreibearbeit wurde in der Wohnung von Professor Lederer durchgeführt, wo sich das Ehepaar, das wegen der jüdischen Abstammung von Frau Staudinger Übergriffe befürchtete, verborgen hielt.⁵⁵ Hier besprachen

Karl Meitmann und Hans Staudinger, der das Papier als „Entwurf eines neuen sozialdemokratischen Aktionsprogramms“ bezeichnete, noch einmal den Inhalt, bevor es den Hamburger Sozialdemokraten vorgestellt wurde.⁵⁶ Die Staatspolizei – die Hamburger Gestapo – stellte Flugblätter sicher, „die sich mit der politischen Lage Deutschlands, wie die Führer der S.P.D. sie heute sehen und mit den daraus zu ziehenden Folgerungen“ befassten.⁵⁷ Meitmann hatte 40 bis 50 Exemplare im Hektografiervorgang hergestellt.

Nähere Angaben über den Inhalt des Papiers liegen nicht vor. Doch scheint es nicht auf der Linie der Berliner Vorstandsmitglieder gelegen zu haben, denn nach Aussage von Meitmann hatte „kein Mitglied des in Berlin verbliebenen Teiles des Gesamt-Vorstandes [...] jemals meine Denkschrift gesehen, etwas von ihr erfahren, oder gar, weder indirekt noch direkt an ihrer Entstehung mitgewirkt.“⁵⁸ Nach der Erinnerung von mehreren Anwesenden stellte sich Meitmann eindeutig hinter die Forderung der jüngeren Funktionäre, die Parteiarbeit auf die Illegalität umzustellen.⁵⁹ Die Hamburger Gestapo hielt hingegen eine Urhebererschaft der Berliner Sozialdemokraten für möglich und konnte sich sogar Paul Löbe als Autor vorstellen. Jedenfalls wurde der Inhalt für so brisant gehalten, dass die Gestapo Staudingers Aussage, für das Flugblatt verantwortlich zu sein, als unglaubwürdig einstufte. Vielmehr wurde darin ein Hinweis auf Befürchtungen gesehen, dass „Maßnahmen gegen die Gesamtpartei ergriffen werden würden, wenn die Herstellung dieser Flugblätter der Reichsleitung der Partei nachgewiesen wird“. Somit dürften Meitmanns Analyse und die daraus zu ziehenden Konsequenzen jenseits der Berliner Legalitätspolitik gelegen haben. In der „eingehenden Debatte“ ging es jedenfalls nicht um den Kurs der Berliner Führung, sondern um das Für und Wider zur Haltung und zum Vorgehen des Prager Exilvorstands. Das entnahm jedenfalls die Gestapo den Notizen, die bei den Versammlungsteilnehmern gefunden worden waren.⁶⁰ Auch Rudolf Saalfeld betont, dass „über die illegale Weiterführung der SPD debattiert“ wurde, über die es „langwierige und gegensätzliche Auseinandersetzungen“ gab, „die die Debatte in die Länge zogen.“⁶¹

Zu welchen Ergebnissen die Hamburger SPD-Führung kam und ob die Diskussion vor der Auflösung der Versammlung überhaupt schon beendet war, ist nicht bekannt. Nach der Erinnerung von Rudolf Saalfeld wurde die Diskussion beendet und anschließend ein neuer Parteivorstand gewählt, dem er nach seinen eigenen Angaben angehörte.⁶² Eine Bestätigung der Vorstandswahlen konnte bisher nicht gefunden werden.

Die Verhaftung

Gegen 22.30 verschafften sich Polizei und Hilfspolizei Zutritt zum Gebäude und verhafteten die Anwesenden. Einer Mitteilung des KzbV zu Folge wurde nach einem Hinweis auf eine geheime Versammlung das „Echo“-Gebäude überprüft. Nachdem der Pförtner erklärt hatte, dass sich keine Personen im Gebäude befänden, drang die Polizeitruppe mit einer Leiter über einen Luftschacht durch ein Fenster in den Versammlungsraum ein. Die gleichgeschaltete Hamburger Presse druckte den Bericht im Wortlaut ab. Nur die Überschriften variierten von „Hamburgs SPD-Führerschaft während einer Geheimsitzung verhaftet“ bis „30 Hamburger SPD-Führer verhaftet“.⁶³ In Aufzeichnungen, die nach den Angaben von Gustav Dahrendorf gemacht wurden, heißt es dazu: „Durch die Fenster kamen etwa 6 SA-Leute mit gezücktem Revolver, die ‚Hände hoch!‘ riefen. Dr. Mette gelang es als einzigem, aus der Versammlung zu entkommen; die anderen wurden zum Quartier des Kommandos z.B.V. in den Großen Bleichen gebracht. Zu dieser Zeit gab es noch kein System der Quälerei von Gefangenen, und die Nazis schöpften aus ihrer eigenen, noch dürrftigen und mehr kindischen als sadistischen Fantasie. D[ahrendorf]. mußte einen ‚Weihnachtsbaum‘ aus schwarzrotgoldenen Bändern anfertigen sowie einen Artikel aus dem ‚Hamburger Anzeiger‘ über Hitler vorlesen, wobei man ihm die richtige Betonung beizubringen versuchte. Im Laufe der Nacht erschien Kaufmann mit seinem Stab, darunter Richter, Stanik, Grahl. [...] Kaufmann vernahm D[ahrendorf]. und behauptete, man hätte am Versammlungsort das Exemplar einer vervielfältigten Denkschrift gefunden. Dahrendorfs Hinweis auf die Genehmigung der Versammlung blieb ohne jeden Eindruck auf Kaufmann. In der Nacht wurden einige der Gefangenen

mißhandelt, darunter Schönfelder und Meitmann. Die Gefangenen wurden dann in das Strafjustizgebäude gebracht, von wo Dahrendorf und Meitmann nach Fuhlsbüttel kamen.“⁶⁴

Rudolf Saalfeld berichtete: „[...] plötzlich meldete uns der Hauswart, daß SA-Leute in das Gebäude eindrangen. Auch die großen Fensterscheiben splitterten und klirrten, denn auch von dort drangen über Dächer uniformierte und bewaffnete SA-Leute in den Saal. [...] Wir wurden sofort zusammengetrieben und unter Stoßen und Schubsen am Körper durchsucht. Jeder Protest wurde gewaltsam unterdrückt. Wahrscheinlich hatten sie verdächtige Papiere gefunden. Denn darauf gründete sich unsere anschließende Verhaftung. Unter rauhbeiniger Behandlung wurden wir in Bussen ins Polizeipräsidium (Stadthaus) gebracht und dort in die Kellerräume getrieben. Dort mußten wir in den Gängen mit dem Gesicht zur Wand viele Stunden stehen. Wir durften weder reden oder auch nur uns berühren, sofort setzte es Knüffe und Schläge und üble Beschimpfungen. Dann wurden wir einer nach dem anderen vernommen. Dabei erging es unserem Adolf Schönfelder am schlechtesten, ich hörte ihn mehrmals schreien. [...] Im Keller des Stadthauses standen Georg Raloff und ich zusammen. Wir empörten uns gegen die groben Mißhandlungen, die besonders Adolf Schönfelder betrafen. Aber wir wurden gewaltsam zur Ruhe gebracht. [...] Es kamen wohl sämtliche Nazigrößen, um uns einzeln zu mustern. Gegen Mitternacht kamen der Gauleiter Kaufmann und der Arbeitsfrontleiter Habadank, um uns zu sehen. Danach wurden wir in das Untersuchungsgefängnis gebracht und dort einzeln in Zellen verteilt. Auch beim Spaziergang im Gefängnishof wurden wir von Marine-SA streng bewacht und weit auseinandergehalten.“⁶⁵

Irma Schweder (spätere Keilhack) beschrieb die Verhaftung so: „Trotz Schließung unseres Hamburger Parteibüros versuchten wir danach, noch einmal alle Spitzenfunktionäre im Konferenzsaal der Theaterstraße zusammenzubringen, um die Maßnahmen zu verabreden, die für die Tarnung und illegale Weiterarbeit notwendig wurden. Für den Fall, daß uns die SA ‚besuchen‘ sollte, verabredeten wir, daß wir über die Bedingungen gesprochen haben, über die man Verhandlungen zum Weitererscheinen des ‚Hamburger Echo‘ aufnehmen könne. Das war aus späterer Sicht natürlich absolut naiv von uns. Mitten in unsere Diskussion in später Abendstunde stürmte dann auch bewaffnete SA in unsere Versammlung, bedrohte und schlug uns und karrte uns mit Polizeiwagen in das ‚Kommando zur besonderen Verwendung‘ das die SA in den Großen Bleichen unterhielt. Dort verhörte und traktierte man uns die ganze Nacht. Ich hatte Adressenmaterial von Vertrauensleuten bei mir. Ich kann mich entsinnen, daß wir es – weil wir es anders nicht verstecken konnten – aufaßen, um weitere Verhaftungen zu verhindern. Am anderen Vormittag landeten wir im Hamburger Untersuchungsgefängnis und waren jedenfalls aus den Fängen der SA. Nach ständigen Verhören entließ man dann uns Frauen nach etwa einer Woche und die Männer nach 6 Wochen mit der allseitigen Androhung eines Hochverratsprozesses und verordnete Polizeiaufsicht für längere oder kürzere Zeit.“⁶⁶

Paula Karpinski: „1933 hatten die Nazis den Vorstand der SPD aufgefordert, wir sollten uns mal überlegen, - damals hatten wir das Hamburger Echo – wie das Hamburger Echo in Zukunft erscheinen sollte. Das war nur ein Trick. Da ist der Parteivorstand der SPD zusammengetreten. Während der Sitzung erschienen die Nazis auf einmal. ‚Hände hoch!‘ Wir sind dann alle in das berüchtigte ‚Kommando zur besonderen Verwendung‘ in die Großen Bleichen gebracht worden. Der ganze Parteivorstand (über 20 Leute) ist verhaftet worden. Wir sind die Nacht über dort geblieben, und einzelne von uns wurden herausgeholt und mißhandelt. Von dort sind wir dann ins Untersuchungsgefängnis gekommen. Die Frauen sind 5 Tage, die Männer einige Wochen eingesperrt gewesen. Uns war ja nichts nach-

zuweisen. Die Nazis haben allerdings durchs Radio gegeben, daß wir eine konspirative Sitzung abgehalten hätten, um gegen die Nazis aufzutreten.“⁶⁷

Hans Staudinger schrieb in seinen Lebenserinnerungen: „Die meisten lasen schon den hektographierten Entwurf des neuen sozialdemokratischen Aktionsprogramms. Inmitten dieser Ruhe klirrten plötzlich die Scheiben. Durch die eingeschlagenen Fenster sprangen in den im zweiten Geschöß gelegenen Versammlungsraum zwei SS-Leute mit gezückten Revolvern. [...] Wir mußten mit erhobenen Händen an den Wänden stehen und wurden zuerst nach Schuß-, Hieb und Stichwaffen untersucht. Wir hatten keine. Die Nazis lachten uns aus. Dann wurden unsere Taschen ausgeleert, unsere Namen und Adressen vermerkt. Ich gab an ‚Vier Jahreszeiten‘, was wiederum mit Gelächter vermerkt wurde. Müde vom Stehen wurden wir in Tischgruppen und auf verschiedene Räume verteilt. Schönfelder und ich saßen im Vorraum der Damentoilette an den Spiegeln. Ein SS-Führer betonte, nun beginne unsere Erziehung, um uns in Zukunft die Neigung zu solch verräterischen Verschwörungen gegen den Staat und die neue Ordnung auszutreiben. Die Nazis schlugen Schönfelder mit vierkantigen Schlagstöcken einen Polizeihelm, den sie mitgebracht hatten, über die Ohren, daß er aufstöhnte. Mich selbst schlugen sie auf den Hinterkopf und das Genick, bis ich völlig blutüberströmt war. [...] Zurückgekehrt, wurde ich im Versammlungsraum hoch auf einen Stuhl, der auf einem Tisch stand, gesetzt und mit den Ehrenwimpeln der Partei umhängt, die sie aus den Vitrinen geholt hatten. Einige Genossen hatten Parteifahnen zu halten. Ich sollte die anderen anlernen, ‚Heil Hitler‘ zu rufen. Als ich meine Hand nicht erhob, schlugen sie mir auf das Armgelenk, so daß ich den rechten Arm nicht mehr bewegen konnte. Ich brachte gerade noch heraus, daß die Arbeiterbewegung durch diese Grausamkeit zum äußersten Widerstand getrieben werde. Daraufhin kippten die Nazis den Tisch um, ich fiel auf meine Füße und sie befreiten mich von den Ehrenzeichen der Partei. [...] Sie jagten einige Genossen durch die Gänge und die Treppe hinunter, um ihnen ein Bein zu stellen. Stolperten sie, wurden sie von den nachfolgenden SA-Männern überrannt.

[...] Ich wurde die Treppe hinuntergestoßen, und als ich an der Türschwelle zurück in den Versammlungsraum über ein gestelltes Bein fiel, traten sie mir die linke untere Rippe ein. Ich war physisch erledigt, und meine Genossen setzten mich an die Wand. Doch ich hatte noch die Kraft einen SS-Mann zu bitten, dem Gauleiter Kaufmann, der mit den anderen Kommandoführern in Meitmanns Büro saß, mitzuteilen, daß ich ein wichtiges Geständnis zu machen hätte. [...] Ich machte dann ein Geständnis, daß ich allein für das Aktionsprogramm verantwortlich sei.“⁶⁸

Adolph Schönfelder: „Unsere Zusammenkunft war vor den Nazis geheimgehalten worden. Wir haben auch nicht den Weg durch die Haustür in den Sitzungssaal genommen, sondern eine Nebentür [...]. Da saßen wir nun und vereinbarten schnell: ‚Sobald die Nazis kommen wird über das ‚Echo‘ gesprochen. Solange wir aber noch Zeit haben, machen wir Politik.‘ [...] Und sie kamen dann auch. Grete Zabel [richtig: Zabe (d.Verf.)] versuchte uns zu warnen. Sie kam[en] von draußen – erst über den Hof, dann durch das Fenster. Als die Häscher die Tür öffneten, redete Grete Zabel über ‚Echo‘-Angelegenheiten, und ich zog einen Brief aus der Tasche, in dem auch von unserer Zeitung gesprochen wurde. [...] Dann sind wir abgeführt worden in ein Eckhaus Stadthausbrücke und Bleichen. Einer von denen, die mich mißhandelten, war ein früherer Kommunist, der zu den Nazis übergelaufen war. Ich weiß nicht mehr, wie oft ich geschlagen worden bin. Während der Haft wurden wir von meinem Nachfolger Richter und von dem Gauleiter Kaufmann vernommen und auch der Senator v. Allwörden redete auf uns ein.“ Nach seinen Erinnerungen wurde Schönfelder eines Tages zu Polizeisenator Richter bestellt und dann vor den anderen sogleich aus der Haft entlassen.⁶⁹

Paul Thormann schrieb in seinem Entschädigungsantrag: „Nach meiner ersten Verhaftung durch die Nazis im Mai [richtig: Juni] 1933 wurde ich zusammen mit den Teilnehmern der sog. ‚Echoversammlung‘ zum ‚Kommando zur besonderen Verwendung‘ Stadthaus Hamburg, Nebeneingang Hohe Bleichen, gebracht. Ehe wir in einem größeren Raum alle beisammen waren, wurden wir in Gruppen durch Gänge gejagt, durch ein

Spalier von Nazis (teils Uniformträger, teils K.z.b.V. Angehörige []). Sie schlugen mit Knüppeln, Ruten auf uns ein. Danach wurde ich, wie andere Freunde, beim Einzelverhör mißhandelt. [...] Wir wurden dann alle auseinander gebracht. Bis zu meiner Entlassung aus der ersten Haft habe ich meine Freunde nur eine Nacht wiedergesehen. Man hatte uns mit den Bremer Kommunisten in eine Zelle gesperrt. Dazu der Vorsitzende des Deutschen freien Gewerkschaftsbundes, Ehrenteit. Man erhoffte sich wohl einiges. Aber wir taten den Nazis den Gefallen nicht. Ich wurde in der anderen Zeit öfter vom Stadthaus nach den Hütten und UG herumgereicht. Und meistens mit dem übelsten Mob, den man aufgriff, den ganzen Tag und auch öfter nachts zusammengepfertcht. Einmal brachte man mich mit unserem damaligen Reichstagsabgeordneten Dr. Staudinger in einen größeren Raum im Stadthaus. Die Fenster, welche zur Straße gingen und bis zum Fußboden reichten, waren sämtlich weit geöffnet. Aber wir haben beide unsere Nerven behalten und den Tag mit Abschreiten des Raumes hinter uns gebracht. Einmal während dieser ganzen ca. 7 Wochen konnte ich mich reinigen. Da konnten wir manchen zerschundenen Körper sehen. Man gab uns z.B. einmal in einer Sammelzelle Salzheringe und Pellkartoffeln. Ohne Messer, Gabel, Teller. Die Dinge wurden einfach auf Tische geschüttet. Nach der Entlassung aus der ersten Haftzeit mußten ich mich immer bei meiner Polizeiwache melden. Auch dieses wurde für mich schwer. Ich hatte immer den sog. Deutschen Gruß nicht befolgt beim Betreten eines öffentlichen Gebäudes. Man zwang mich dazu. Sonst wäre ich wieder eingesperrt worden.“⁷⁰

In einem ärztlichen Gutachten sind weitere Details festgehalten. Danach berichtete Thormann, dass die Nationalsozialisten, „die mit einem Kommando mit Karabinern erschienen, den Teilnehmern Handschellen anlegten und sie mit LKW's zum Alten Stadthaus an den Hohen Bleichen brachten. Dort wurden sie, zusammen mit Frauen, in einen Saal gesperrt, der mit schwarz-rot-goldenen Bändern behängt war. Vorher hatten die Festgenommenen – außer den Frauen – 4-5mal über 25 Meter Spießrutenlaufen müssen, wobei mit allen möglichen Instrumenten auf sie eingeschlagen wurde. Danach wurden sie von dem Reichsstatthalter Kaufmann besichtigt.“⁷¹

Schwere Mißhandlungen schilderten auch andere Teilnehmer. Georg Raloff wurden sechs Zähne ausgeschlagen.⁷² Adolf Keilhack und Karl Meitmann berichteten ebenfalls über Schläge mit Fäusten und Gummiknüppeln sowie Fußtritten.⁷³ Mit den brutalen Vernehmungen gingen zahlreiche Hausdurchsuchungen einher. Viele der Versammlungsteilnehmer nannten Hausdurchsuchungen als Teil der Verfolgungsmaßnahmen, ohne dass diese Aktionen mit konkreten Datumsangaben versehen wurden. Die Ehefrau von Robert Finnern bestätigte dagegen, dass die Gestapo im Zusammenhang mit der „Echo“-Versammlung zwei Hausdurchsuchungen durchführte. Dabei wurde auch eine Schreibmaschine beschlagnahmt.⁷⁴ Die Bürgerschaftsabgeordnete Else Schlüter, die später den ebenfalls verhafteten Kurt Berkemann heiratete, wurde am 17. Juni offensichtlich im Zusammenhang mit der „Echo“-Versammlung verhaftet. Sie musste Durchsuchungen in ihrer Wohnung und an ihrem Arbeitsplatz über sich ergehen lassen, kam aber nach einer Vernehmung beim Kommando zur besonderen Verwendung wieder frei.⁷⁵

Allein die vier Frauen, die an der Versammlung teilgenommen hatten, kamen glimpflich davon. Jedenfalls sind keine körperlichen Übergriffe gegen sie bekannt. Ihnen blieb nach den Angaben von Paul Thormann auch das Spießrutenlaufen erspart.⁷⁶

Die Augenzeugenberichte und die Angaben in den Wiedergutmachungsakten zu den Ereignissen im Zusammenhang mit der „Echo“-Versammlung wurden in einem großen zeitlichen Abstand von etwa 20 Jahren und mehr gemacht. Dass die Berichte voneinander abweichen, ist deshalb nicht ungewöhnlich. Bemerkenswert ist dagegen, dass eine Reihe von Details übereinstimmend wiedergegeben wurde.

Ein Großteil der Versammlungsteilnehmer wurde zunächst in das Hauptquartier des Kommandos zur besonderen Verwendung in den Großen Bleichen 23 gebracht. Hier und in den Kellerräumen des Stadthauses wurden die Sozialdemokraten schikaniert und misshandelt. Das rechtswidrige Vorgehen gegen die Sozialdemokraten wie die Körperverletzungen sowie

die Missachtung der Immunität der Reichstags- und Bürgerschaftsabgeordneten fand mit Billigung der Hamburger NSDAP-Führung statt. Dass Gauleiter Kaufmann und andere Führungskräfte persönlich erschienen und sich an den Verhören beteiligten, ist durch mehrere Aussagen belegt. Die Sozialdemokraten wurden im Stadthaus, im Untersuchungsgefängnis und im KZ Fuhlsbüttel in Einzelhaft und in Sammelzellen gefangen gehalten.

Die Verteidigung

Über die Hintergründe der Verhaftungsaktion liegen keine Informationen vor. Weder sind Motive der NS-Führung überliefert, noch konnten bisher behördliche Akten zu den Vorgängen ausfindig gemacht werden. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Nationalsozialisten durch Verrat über den wahren Gegenstand der Besprechung unterrichtet wurden. Vermutet werden kann auch, dass die NS-Führung die Gelegenheit nutzte, um die gesamte SPD-Führung festzusetzen; denn eins hatte sich gezeigt: Die Sozialdemokraten ließen sich trotz aller Verbote und Einschränkungen nicht bezwingen und die Versammlung selbst machte deutlich, dass in ganz Hamburg immer noch eine Grundstruktur der Partei existierte.

Offensichtlich glaubten die Nationalsozialisten, genügend Belastungsmaterial zusammentragen zu können, um erfolgreich eine Anklage wegen Vorbereitung zum Hochverrat durchsetzen zu können. Das Hamburger Tageblatt berichtete am 18. Juni unter dem Titel „Die Geheimsitzung im ‚Echo‘-Gebäude“ über die Verhaftung und sah in den vorgefundenen Schriftstücken einen Beweis für „hoch- und landesverräterische Umtriebe“.⁷⁷ Die Ermittlungen konzentrierten sich auf die vierseitige „Situations-Analyse“ von Karl Meitmann und eine vermutete Verbindung zur Berliner Parteiführung um Paul Löbe. Um den Mitgefangenen weitere Grausamkeiten zu ersparen, entschloss sich der schwer misshandelte Hans Staudinger, alle Schuld auf sich zu nehmen und sagte aus, er hätte „eine Untergrundversammlung geleitet und ein Aktionsprogramm diskutiert mit der Absicht, die neue Regierung zu beseitigen oder ihre Einheit zu untergraben.“⁷⁸ Die Staatsanwaltschaft bereitete daraufhin eine Anklage wegen Vorbereitung zum Hochverrat vor. Staudingers

Aussagen waren offensichtlich nicht überzeugend, denn die weiteren Ermittlungen konzentrierten sich auf die Herkunft des Papiers. Besonders belastet war der Parteivorsitzende Karl Meitmann, da ein aufgefundenes Exemplar zahlreiche von ihm handschriftlich angefertigte Randnotizen trug.⁷⁹ Während Staudinger ein Geständnis ablegte, um seine Frau zu schützen, schwieg Meitmann beharrlich, um nicht die beteiligten Personen in Berlin zu belasten.⁸⁰ Weitere Verhöre und Hausdurchsuchungen blieben offensichtlich ohne greifbare Ergebnisse. Nur die Anwesenheit von Walter Schmedemann, der die Versammlung frühzeitig verlassen hatte, konnte ermittelt werden. Schmedemann wurde daraufhin vermutlich am 23. Juni ebenfalls verhaftet.⁸¹

Nach Staudingers Erinnerung hatte seine Ehefrau von der Verhaftung aus der Berliner Zeitung erfahren und war auf dem schnellsten Weg nach Hamburg gereist, um Herbert Ruscheweyh um Unterstützung zu bitten. Der renommierte Rechtsanwalt, der in zahlreichen Verfahren politisch Verfolgte vertrat, bemühte sich umgehend um seinen Parteifreund. Ein erster Besuch fand nach der Erinnerung von Staudinger etwa am dritten Tag der Haft statt.⁸²

Nach und nach wurde Herbert Ruscheweyh vermutlich von allen Inhaftierten entweder direkt oder durch Angehörige mit der anwaltlichen Vertretung betraut. Allerdings flossen die Informationen spärlich und noch zehn Tage nach der Verhaftung hatte Ruscheweyh keinen genauen Überblick über den Umfang der Verhaftungen. Irma Schacht betraute den Sozialdemokraten ebenfalls mit der Vertretung ihres Mannes. Schon im April 1933 hatte Ruscheweyh Jonni

Schacht gegen unbegründete Korruptionsverwürfe verteidigt. Am 26. Juni 1933 schrieb er an die Ehefrau: „Ihren Auftrag, mich um Ihren Mann zu bemühen, habe ich erhalten. Ich werde gern alles tun, was sich erreichen lässt. Zuerst gilt es ausfindig zu machen, wo Ihr Mann sich aufhält. Wissen Sie schon etwas darüber? Wissen Sie irgendeinen Grund, weshalb die Verhaftung durchgeführt ist? Wann ist die Verhaftung erfolgt?“⁸³

Schon am darauffolgenden Tag erhielt Ruscheweyh endlich umfassende Informationen über die Verhaftungen und die Anschuldigungen im Zusammenhang mit der „Echo“-Versammlung. Noch reichte der Einfluss des weit über die Parteigrenzen hinaus hochangesehenen Rechtsanwalts aus, um von NS-Polizeisenator Alfred Richter persönlich empfangen und angehört zu werden. Nach eigenen Angaben hatte er eine ausführliche Unterredung mit dem NS-Senator. Offensichtlich erhielt Ruscheweyh eine Liste mit den Namen der Inhaftierten, denn nun war er über den Verbleib von Jonni Schacht informiert, an den er wie an alle anderen Inhaftierten am 28. Juni ein ausführliches Schreiben richtete. Auch kann davon ausgegangen werden, dass es dem Anwalt in dieser Unterredung gelang, die Freilassung der vier inhaftierten Frauen zu erreichen. Jedenfalls wurden Paula Karpinski, Irma Schweder (spätere Keilhack), Hedwig Günther und Grete Zabe noch am gleichen Tag aus der Haft entlassen.⁸⁴ An die übrigen Versammlungsteilnehmer richtete Ruscheweyh den dringenden Appell, dass derjenige, der das Papier mitgebracht hatte, sich melden möge. Das Interesse der Polizeibehörde richtete sich insbesondere darauf, „woher eine mit Schreibmaschine geschriebene und vervielfältigte Niederschrift von 4 Seiten stammt und wie sie in die Zusammenkunft gekommen ist“. Ruscheweyh betonte, dass die Aufklärung auch im Interesse der Betroffenen und der sozialdemokratischen Partei liege. Offensichtlich in Anspielung auf Staudinger führte der Rechtsanwalt aus: „Es nützt nichts, dass der Eine oder Andere aus höchst achtbarer Gesinnung heraus ‚die Verantwortung übernimmt‘, vielmehr muss sich derjenige melden, der tatsächlich die Niederschrift mitgebracht hat.“ Ruscheweyh erwartete, dass sich der Verantwortliche bei der Gestapo oder über einen Brief an ihn zu erkennen gebe. Auch wies der Anwalt

auf die Möglichkeit hin, ihm „weitere persönliche Wünsche“ schriftlich mitzuteilen. Hier werden die Grenzen deutlich, die NS-Senator Richter setzte. Es wurde Ruscheweyh nicht gestattet, die Gefangenen persönlich zu sprechen. Bei Staudinger handelte es sich möglicherweise um eine Ausnahme, vermutlich weil er sich selbst schwer belastet hatte. Auch hatte Richter in der Unterredung deutlich gemacht, dass eine Aufhebung der Schutzhaft erst in Frage komme, wenn die Herkunft des Papiers geklärt sei. „Erst dann [...] ist es möglich an den Polizeiherrn⁸⁵ und an der Herrn Reichsstatthalter heranzutreten.“ Ruscheweyh hatte Richter gebeten, ihm „die Möglichkeit zu einer persönlichen Besprechung mit den Beteiligten oder einem Teil von ihnen zu geben, um diesem [...] schriftlichen Appell Nachdruck zu verleihen.“ Richters Entscheidung stand zum Zeitpunkt der Versendung des Briefes noch aus.⁸⁶

Die Gestapo konnte offensichtlich keine neuen Erkenntnisse aus den Gefangenen herauspressen und Meitmann schwieg nach eigenen Angaben beharrlich. Auch die Durchsuchung des Fraktionszimmers der SPD im Rathaus und der Fächer der Abgeordneten, die am 24. Juni durchgeführt wurde, brachte nicht den gewünschten Erfolg. Minutiös notierte ein Mitarbeiter im Rathaus die Vorgänge: „die Beamten der Staatspolizei haben sich um 10.42 gemeldet u. unter Führung der Beamten u. Laatz⁸⁷ mit der Durchsuchung begonnen. [...] Die Durchsuchung war ergebnislos. 11.30“⁸⁸ Zwischenzeitlich hatten die Nationalsozialisten auch die Hamburger Ereignisse als Vorwand genutzt, um die SPD am 22. Juni 1933 reichsweit endgültig zu verbieten. In der amtlichen Begründung des Reichsinnenministers hieß es dazu, dass „in einer von der Polizei überraschten Geheimversammlung sozialdemokratischer Führer in Hamburg ebenfalls landesverräterisches Material gefunden worden“ sei.⁸⁹

Auf der letzten Bürgerschaftssitzung – das Parlament wurde anschließend von den Nationalsozialisten abgeschafft – am 28. Juni 1933 verkündete der NSDAP-Fraktionsvorsitzende Dr. Hellmuth Becker noch großspurig, dass die Sozialdemokraten zu einer Geheimsitzung „in den Räumen des Hamburger

Echos zusammengekommen waren, um landes- und hochverräterische Pläne zu betreiben. Die Dokumente, die dort gefunden wurden, sind dafür unabstreitbare Beweise.“⁹⁰

Am gleichen Tag instruierte die Gestapo die Hamburger Polizeidienststellen über eine für den 3. Juli geplante Aktion, bei der allen Distriktvorsitzenden, Distriktkassierern und Bezirksvorsitzenden das Eigentum der SPD insbesondere „Geld, Marken, Kassenbücher pp.“ beschlagnahmt werden sollte.⁹¹ Ob die Aktion erfolgreich war, ist nicht bekannt. Material, das die Inhaftierten zusätzlich belastet haben könnte, wurde aber offensichtlich nicht gefunden.

Nach der Unterredung mit Richter dauerte es weitere zehn Tage, bis endlich Bewegung in die Angelegenheit kam. Am 12. Juli 1933 berichtete Ruscheweyh, dass am Samstag, dem 8. Juli, eine „wichtige Besprechung und Vernehmung stattgefunden“ habe. „Dadurch ist die Sache entschieden gefördert“, so Ruscheweyh, der die Aufklärung bereits soweit gediehen sah, dass Richter nunmehr den Reichsstatthalter Kaufmann einschalten wollte. Da dieser bis zum 13. Juli verreist war, rechnete Ruscheweyh frühestens am darauf folgenden Tag mit einer Entscheidung.⁹²

Die genauen Hintergründe des neuen Sachstands sind nicht bekannt. Nach den Erinnerungen von Staudinger wurde „festgestellt, daß die handschriftlichen Änderungen im Original des Parteiaktionsentwurfes zum Teil von Meitmann stammten. Dieser habe gestanden, daß er es mit einigen Korrekturen von Prof. Hermberg aus Göttingen erhalten habe. Hermberg wurde daraufhin sofort verhaftet. In der Vernehmung bekannte er sich der Urheberschaft. Es sei ein Seminarvortrag über modernen Sozialismus gewesen. Einer seiner Nazi-Studenten habe über den Nationalsozialismus referiert. Hermberg wurde sofort wieder entlassen.“⁹³

Tatsächlich kam Mitte Juli Bewegung in die Angelegenheit. Die meisten Gefangenen wurden am 22. Juli 1933 aus der Schutzhaft entlassen, zu ihnen gehörten Louis Sellmer, Jonni Schacht, Walter Schmedemann,

Heinrich Braune, Hans Westphal, Paul Thormann, Robert Finner, Friedrich Born, Kurt Berkmann und Rudolf Saalfeld. Nach der Erinnerung von Thormann und Schönfelder erfolgte die Entlassung ganz plötzlich.⁹⁴ Karl Ullrich, Adolf Keilhack und Georg Raloff kamen am 30. Juli 1933 frei. Wann Hans Staudinger und Adolph Schönfelder entlassen wurden, ist nicht bekannt.⁹⁵ Gustav Dahrendorf wurde noch bis zum 4. August gefangen gehalten. Schließlich befand sich nur noch Karl Meitmann in Schutzhaft, der wegen seiner handschriftlichen Notizen besonders belastet war.

Am 5. August 1933 informierte Herbert Ruscheweyh seinen Mandaten Kurt Berkmann – und vermutlich auch alle anderen Beteiligten – über den Stand der Dinge einschließlich seiner Ermittlungen über den Anlass der Zusammenkunft. Für Ruscheweyh hatte es sich nicht um eine politische Versammlung gehandelt. Er ging nach dem Stand der Ermittlungen davon aus, dass sich diese Auffassung auch in den Behörden durchgesetzt habe. Ein nicht namentlich genannter Amtsrichter hatte nach Vorführung aller Gefangenen einen Haftbefehl abgelehnt. Damit hatte Ruscheweyh sein Ziel erreicht und die Haftentlassung seiner Parteifreunde erreicht. Zu den Zeitungsberichten, dass Schriftstücke politischen Inhalt sichergestellt worden seien, stellte der Anwalt fest, dass nach seiner Beurteilung die Ermittlungen ergeben hätten, „dass nur zwei der Beteiligten von der Existenz dieser Schriftstücke wußten“. Damit dürften Staudinger und Meitmann gemeint gewesen sein. Ruscheweyh stellte fest: „Die Schriftstücke haben keinerlei irgendwelche Verbindung mit der Zusammenkunft. Würde der Amtsrichter eine andere Auffassung haben, würde die Polizei nicht diese Feststellung als erwiesen ansehen, wäre sicherlich entweder ein Haftbefehl ergangen oder die Schutzhaftfortdauer angeordnet.“⁹⁶

Die Entlassenen unterstanden einer strengen Polizeiaufsicht und mussten sich zweimal wöchentlich – nach anderen Angaben sogar täglich – auf der örtlichen Polizeiwache melden.⁹⁷ Am 9. Oktober 1933 informierte Ruscheweyh die Versammlungsteilnehmer über den Sachstand. Er hoffte, „dass die Sache jetzt langsam zu einer Entscheidung gebracht werden kann.“ Allerdings war für den Anwalt noch völlig offen, ob es zu einer Anklage kommen oder das Verfahren eingestellt

werden würde. Nach Ruscheweyhs Informationen war die Akte bei der Landesjustizverwaltung und sei jetzt an die Staatsanwaltschaft zurückgegangen. In dem Moment, als die Mitteilungen an die Mandanten geschrieben wurden, erhielt Ruscheweyh neue Informationen, die er noch anfügen ließ. Danach hatte der Staatsanwalt die Akte an die Gestapo zurückgegeben, um neue Ermittlungen durchzuführen.⁹⁸

Ganz offensichtlich sah der Staatsanwalt keine ausreichenden Gründe für eine Anklageerhebung. Damit war die NS-Führung in der Justizverwaltung nicht einverstanden, so dass die Ermittlungen wieder aufgenommen wurden. Tatsächlich ist festzustellen, dass die Sozialdemokraten intensiv überwacht wurden und auch ansonsten nach strafbaren Aktivitäten gefahndet wurde. Friedrich Born wurde schon nach zwei Tagen wieder in Haft genommen. Ihm wurde ein Verstoß gegen das Schusswaffengesetz vorgeworfen. Obwohl Friedrich Born von einem Schnellgericht am 9. August freigesprochen wurde, überführte ihn die Gestapo vom Untersuchungsgefängnis ins KZ Fuhlsbüttel und hielt ihn noch bis zum 28. August gefangen. Auch Friedrich Born erlitt schwere Misshandlungen. Er wurde 24 Stunden in einem Schrank eingesperrt und verprügelt. Als Folge verlor er später einen Großteil seiner Zähne.⁹⁹ Die Versammlungsteilnehmer Walter Schmedemann und Emil Göthel wurden am 3. Oktober 1933 erneut festgenommen. Ihnen wurde illegale politische Betätigung in Eilbek vorgeworfen. Aus Mangel an Beweisen mussten sie jedoch am 19. Oktober wieder freigelassen werden.¹⁰⁰ Auch Heinrich Braune wurde am 19. November 1933 erneut verhaftet. Er kam neun Tage später wieder frei.¹⁰¹

Der Gestapo gelang es offensichtlich nicht, Belastendes zu ermitteln, das die Staatsanwaltschaft hätte überzeugen können. In einem späteren Gerichtsverfahren wegen Vorbereitung zum Hochverrat gegen Emil Göthel wurden auch die Ermittlungsakten über die „Echo“-Versammlung herangezogen. Im Urteil hieß es dazu: „Nach der nationalen Erhebung nahm Göthel an der im Gebäude des Hamburger Echo am 16. Juni 1933 abgehaltenen Sitzung sozialdemokratischer Funktionäre – unter denen sich der damalige Staats-

sekretär Staudinger, der hamburgische Polizeisenator Schönfelder, die Führer der sozialdemokratischen Bürgerschaftsfraktion Podeyn und Meitmann befanden – teil. Gegenstand der Erörterung war nach Göthels Angabe und dem Ergebnis der damaligen polizeilichen Ermittlungen die Fortführung des Hamburger Echo in Form einer neutralen Tageszeitung. Göthel will als ehemaliger Zeitungswerber zum Besuch der Versammlung eingeladen worden sein. Er wurde anlässlich der polizeilichen Aushebung der Versammlung festgenommen und bis Mitte Juni [richtig: Juli] 1933 in Schutzhaft behalten, im übrigen aber nicht weiter belangt.“¹⁰²

Danach war es der Gestapo weder gelungen, Einzelheiten über die tatsächliche Diskussion in Erfahrung zu bringen, noch Göthels Anwesenheit mit der Vertretung des Distriktvorsitzenden Walter Schmedemann in Verbindung zu bringen. Ende Oktober 1933 wurde als letzter auch Karl Meitmann entlassen mit der Auflage, Hamburg umgehend zu verlassen. Meitmann begab sich daraufhin zunächst zu einer befreundeten Familie in Niendorf an der Ostsee.¹⁰³ Am 29. November 1933 konnte Ruscheweyh endlich berichten, dass ihm der Generalstaatsanwalt in einer Besprechung mitgeteilt habe, dass „die Staatsanwaltschaft im Einvernehmen mit der Landesjustizverwaltung sich dahin entschieden hat, daß die Angelegenheit nicht weiter verfolgt wird.“ Die staatlichen Organe bemühten sich nun nach Kräften, diesen Fehlschlag gegen die Sozialdemokraten zu vertuschen und nicht durch weitere amtliche Vorgänge zu dokumentieren. Ruscheweyh teilte dazu mit: „Ein besonderer Einstellungsbescheid wird nicht ergehen. Ich habe die ausdrückliche Ermächtigung, dies jedem Einzelnen mitzuteilen. Dieser Brief ist deshalb hinreichender Ausweis für die geschehene Einstellung des Verfahrens.“¹⁰⁴

Am 6. Dezember 1933 teilte Ruscheweyh schließlich mit, dass nach einer Besprechung mit Gestapo-Chef Streckenbach auch die Meldepflicht aufgehoben sei. Gleichzeitig wies er daraufhin, dass „nunmehr der Fall mit Ausnahme der noch laufenden Schadenersatzansprüche [...] erledigt“ sei.¹⁰⁵ Über den Ausgang dieser Verhandlungen ist nichts bekannt.

Nachwort

Als der Großteil der Versammlungsteilnehmer Mitte Juli 1933 entlassen wurde, hatten die neuen Machthaber die NSDAP bereits per Gesetz zur einzigen legalen Partei erklärt. Gegen die SPD war auch unter Berücksichtigung der Hamburger Ereignisse am 22. Juni 1933 reichsweit ein Verbot erlassen worden.

Vor allem die prominenten Sozialdemokraten mussten weitere Verfolgungen fürchten und galten als besonders gefährdet. Hans Staudinger begab sich in die Emigration nach Amerika. Karl Meitmann wurde der Stadt verwiesen. Er lebte bis 1945 vorwiegend in Berlin, bevor er nach Hamburg zurückkehrte und den Parteivorsitz wieder übernahm. Gustav Dahrendorf sah ebenfalls keine berufliche Perspektive in der Hansestadt und siedelte Ende 1933 nach Berlin über. Auch Hans Podeyn und Heinrich Braune verließen Hamburg und kehrten erst nach 1945 zurück.

Alle übrigen blieben zunächst in Hamburg und sahen sich insbesondere bei dem Versuch der Arbeitsaufnahme staatlichen Repressalien ausgesetzt. Systematisch verhinderten die Nationalsozialisten über das Arbeitsamt eine Einstellung von Sozialdemokraten. Viele blieben deshalb über Jahre arbeitslos und mussten sich mit Gelegenheitsarbeiten durchschlagen.

Trotz des brutalen Vorgehens der Nationalsozialisten beteiligte sich die große Mehrheit der Versammlungsteilnehmer am aktiven Widerstand. Die Initiative für den Aufbau der illegalen Hamburger SPD ergriff Walter Schmedemann. Er hatte die Versammlung frühzeitig verlassen und war dadurch zunächst einer Verhaftung entgangen. Diese Zeit nutzte er, um erste Maßnahmen für die Arbeit im Untergrund einzuleiten.

Nach seiner Entlassung baute er eine sechsköpfige Leitungsgruppe auf, der auch sein Bruder Willi Schmedemann angehörte. Als eine erneute Verhaftung drohte, emigrierte Willi Schmedemann 1934 nach Dänemark. 1946 kehrte er zurück nach Hamburg. Im Prozess gegen Schmedemann und Genossen „wegen Verbrechens gegen Paragr. 2 des Gesetzes vom 14. Juli 1933 gegen die Neubildung der Parteien“ wurden Walter Schmedemann am 18. Juni 1935 zu 30 Monaten Zuchthaus und Otto Schumann zu 21 Monaten Gefängnis verurteilt. Zwar zählte Otto Schumann nicht zur Leitungsgruppe, doch gehörte er zum engeren Führungskreis. Schmedemann hatte ein illegales Organisationsnetz aufgebaut, das bis in die Distrikte reichte und auch nach seiner Verhaftung noch funktionierte. Aus den Reihen der Versammlungsteilnehmer übernahmen frühere Distriktvorsitzende die illegale Arbeit vor Ort.¹⁰⁶ Nach mehreren Verhaftungswellen wurden schließlich Anfang 1937 auch die letzten aus dem Reichsbanner hervorgegangenen sozialdemokratischen Widerstandsgruppen aufgedeckt.¹⁰⁷ Wegen der Beteiligung an der illegalen Arbeit wurden Hans Westphal und Rudolf Saalfeld zu 18 Monaten und Paul Thormann zu 17 Monaten Gefängnis verurteilt, Jonni Schacht und Karl Ullrich erhielten drei Jahre Zuchthaus. Wilhelm Bock und Robert Finnern gehörten zu einer Gruppe von Sozialdemokraten, die noch 1938 illegales Material aus Dänemark bezogen und verteilten. Beide wurden am 3. März 1938 bei der Übergabe eines Koffers, der eine größere Anzahl der Schrift „Laßt Tatsachen sprechen“ enthielt, verhaftet. Bock und Finnern wurden beide zu 15 Monaten Gefängnis verurteilt.¹⁰⁸

Nicht alle Widerstandsaktivisten wurden entdeckt und verurteilt. Paula Karpinski beteiligte sich an der

Verbreitung illegalen Materials.¹⁰⁹ Irma Schweder (spätere Keilhack) versuchte gleich nach ihrer Entlassung, die in den Parteiorganisationen noch vorhandenen Gelder für Anwaltskosten von Verhafteten, für in Not geratene Angehörige von Inhaftierten und für die Flucht von Gefährdeten zu mobilisieren. Auch beteiligte sie sich an der Beobachtung von politischen Prozessen, um bei weiteren Verhaftungen über die Kenntnisse der Gestapo informiert zu sein. Sie beteiligte sich mit ihrem späteren Ehemann Adolf Keilhack an Treffen ehemaliger Jungsozialisten.¹¹⁰ Kurt Berkmann, der im November 1943 vermutlich nach den schweren Luftangriffen auf Hamburg seinen Wohnsitz in Tübingen nahm, beteiligte sich nach eigenen Angaben von 1933 bis zu seiner Einberufung zur Wehrmacht 1941 an der illegalen Arbeit.¹¹¹

Gustav Dahrendorf, der eng mit Julius Leber befreundet war, nahm aktiv an den Vorbereitungen des Attentats vom 20. Juli teil. Er wurde vom Volksgerichtshof zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilt. Dahrendorf war als Zivilbevollmächtigter im Wehrbezirk X (Hamburg-Schleswig-Holstein) vorgesehen und hatte Adolph Schönfelder und Herbert Ruscheweyh in die Attentatspläne eingeweiht.¹¹² Auch Meitmann stand mit den führenden Vertretern des sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Widerstands in Verbindung darunter Theodor Haubach, Carlo Mierendorff, Julius Leber und Wilhelm Leuschner.¹¹³ Hans Podeyn und Gustav Dahrendorf, die eine langjährige Freundschaft verband, standen ebenfalls in Kontakt.

Nachweislich wurden Adolph Schönfelder, Heinrich Eisenbarth, Paula Karpinski, Walter Schmedemann, Otto Schumann, Louis Sellmer und Grete Zabe im Rahmen der Aktion „Gewitter“ nach dem Attentat vom 20. Juli erneut gefangen genommen. Die meisten wurden nach kurzer Zeit wieder entlassen.

Sechs Versammlungsteilnehmer überlebten die NS-Zeit nicht. Paul Hartlein verstarb 1941 in Alter von 68 Jahren. Robert Finnern und Wilhelm Bock wurden nach der Verbüßung ihrer Haftstrafe nicht entlassen, sondern ins KZ Sachsenhausen überführt, wo beide ums Leben kamen. Emil Göthel, der nach der

Verhaftung von Walter Schmedemann eine führende Funktion übernahm, wurde 1936 zu viereinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt. Er starb 1941 an den Folgen der Haft. Otto Schumann gehörte zu denjenigen, die im Zuge der Aktion „Gewitter“ verhaftet wurden, aber nicht nach wenigen Wochen wieder in Freiheit kamen. Über das Schicksal von Theodor Selbach ist nichts bekannt. Er starb vermutlich vor 1945.¹¹⁴ Ende April 1945 musste er sich mit 10.000 Gefangenen aus dem KZ Neuengamme auf den Todesmarsch zur Lübecker Bucht begeben. Nach der Bombardierung durch Alliierte fand Otto Schumann wie viele andere beim Untergang der „Cap Arcona“ den Tod.¹¹⁵ Über den Verbleib von Willi Schüler liegen keine Informationen vor.

Mit Ausnahme von Hans Staudinger, der im amerikanischen Exil blieb, Kurt Berkmann, der in Tübingen die Volkshochschule leitete und später als Gewerkschaftssekretär nach Stuttgart wechselte, sowie Paul Thormann, der nach 1945 unmittelbar hinter der Stadtgrenze in Glashütte (heute Norderstedt) lebte und dort als Gemeindevertreter aktiv war, kehrten - soweit bekannt - alle überlebenden Versammlungsteilnehmer zurück nach Hamburg.¹¹⁶ Karl Meitman, Walter Schmedemann, Paul Karpinski, Irma Keilhack (frühere Schweder) und Willi Schmedemann gehörten dem ersten am 27. Januar 1946 gewählten Landesvorstand an.¹¹⁷ Von den 15 Hamburger Vertretern auf dem ersten Nachkriegsparteitag der SPD im Mai 1946 in Hannover hatten mit Gustav Dahrendorf, Paula Karpinski, Irma Keilhack (frühere Schweder); Adolf Keilhack, Karl Meitmann, Walter Schmedemann, Willi Schmedemann und Adolph Schönfelder acht Delegierte an der „Echo“-Versammlung teilgenommen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass drei Delegierte aus dem erst 1937 nach Hamburg eingemeindeten Altona kamen.¹¹⁸ Als Parteifunktionäre, als Abgeordnete von Bürgerschaft und Bundestag sowie als Mitglieder des Hamburger Senats beteiligten sich die Teilnehmer der letzten Parteivorstands- und Parteiausschusssitzung im Juni 1933 nach 1945 führend am demokratischen Aufbau.

Anmerkungen

- 1** Erweiterte und ergänzte Fassung des Beitrags: Holger Martens: Auf dem Weg in den Widerstand – Die „Echo“-Versammlung der Hamburger SPD 1933, in: Hamburg und sein norddeutsches Umland. Aspekte des Wandels seit der Frühen Neuzeit. Festschrift für Franklin Kopitzsch, Hrsg. Dirk Brietzke, Norbert Fischer, Arno Herzig, Hamburg 2007, S. 354–376.
- 2** Dazu grundlegend: Hamburg im „Dritten Reich“, hg. von der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, Göttingen 2005, hier insbesondere Detlef Garbe: Institutionen des Terrors und der Widerstand der Wenigen, S. 519–530; zu Schutzhaft und KZ siehe: Dokumente der Gleichschaltung des Landes Hamburg 1933, hg. und kom. von Henning Timpke, Frankfurt am Main 1964, S. 227–235; zur Hilfspolizei siehe: ebd., S. 169–180; zur SPD in Hamburg 1933 siehe Friedrich-Wilhelm Witt: Die Hamburger Sozialdemokratie in der Weimarer Republik unter besonderer Berücksichtigung der Jahre 1929/30–1933, Hannover 1971, insbesondere S. 184–200; Karl Ditt: Sozialdemokraten im Widerstand: Hamburg in der Anfangsphase des Dritten Reiches, Hamburg 1984, insbesondere S. 58 bis 68; zur „Echo“-Versammlung siehe Holger Martens: Wegweiser zu den Stätten von Verfolgung und sozialdemokratischem Widerstand in Hamburg. Teil I: Die innere Stadt, hg. von Arbeitsgemeinschaft ehemals verfolgter Sozialdemokraten (AvS), Hamburg 2005, S. 38ff.
- 3** vgl. http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_datei/o,,9371,00.pdf, Zugriff 13.9.2010.
- 4** Vgl. Ditt (wie Anm. 2), S. 60f., mit der abgedruckten Polizeiverordnung auf S. 62.
- 5** Merkblatt 2 erschien Ende Februar, Merkblatt 4 im März 1933, zu den Merkblättern siehe auch Ditt: S. 61 und 63 sowie S. 31 mit dem abgedruckten Titelblatt von Merkblatt Nr. 2: siehe auch Witt (wie Anm. 2), S. 184–200; Merkblatt 6 Titelblatt abgedruckt in: Ursula Büttner / Werner Jochmann: Hamburg auf dem Weg ins Dritte Reich. Entscheidungsjahre 1931–1933, Hamburg 1983, S. 165, die Merkblätter und Rundschreiben sind im Dokumententeil abgedruckt.
- 6** Merkblatt der Sozialdemokratischen Partei, Landesorganisation Hamburg, 16. Jahrgang, Nr. 5, April 1933, Arbeiterarchiv Kopenhagen, 33534 Tyskland, socialdemokratisk valmateriale 1933; auch die Merkblätter 4 und 6 sind in Kopenhagen überliefert.
- 7** Merkblatt der Sozialdemokratischen Partei, Landesorganisation Hamburg, 16. Jahrgang, Nr. 7, April 1933, Archiv der sozialen Demokratie (AdsD), Sammlung Flugblätter und Flugschriften 1933, Band 1.
- 8** Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), Landesorganisation Hamburg, Rundschreiben an die Mitglieder der Landesorganisation, Hamburg, 20. April [1933], AdsD, Sammlung Flugblätter und Flugschriften 1933, Band 1; die Rundschreiben vom 20.4., 29.4. und 5.5.1933 sind in der Literatur bisher unberücksichtigt geblieben.
- 9** Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) Landesorganisation Hamburg, Organisations-Informationen für unsere Mitglieder, Hamburg, 29. April [1933], AdsD, Sammlung Flugblätter und Flugschriften 1933 undatiert III.
- 10** Siehe Christa Schramm: Entmachtung und Verbot der SPD in Hamburg im Jahre 1933: Hausarbeit im Wahlfach Geschichte zur ersten Lehrprüfung, unveröffentlicht, Hamburg 1960, S. 62 und Anm. 2. Darüber hinaus konnten bisher keine Hinweise auf die Vorbereitung illegaler Aktivitäten schon zu diesem Zeitpunkt gefunden werden. Auch über Gustav Dahrendorf, der mit entsprechenden Tätigkeiten in Verbindung gebracht wurde, liegen diesbezüglich keine Informationen vor, siehe dazu Erich Matthias: Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, in: Erich Matthias/Rudolf Morsey (Hrsg.): Das Ende der Parteien 1933. Darstellungen und Dokumente, unveränderter Nachdruck, Düsseldorf 1979, S. 188 und Anm. 4.
- 11** Vgl. Witt (wie Anm. 2), S. 194, FN 132.
- 12** Rundschreiben an die Mitglieder der Landesorganisation Hamburg der S.P.D., Hamburg, 5. Mai [1933], AdsD, Sammlung Flugblätter und Flugschriften 1933 undatiert III.
- 13** Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), Landesorganisation Hamburg, Rundschreiben an die Mitglieder der Landesorganisation, Hamburg, 20. April [1933], AdsD, Sammlung Flugblätter und Flugschriften 1933, Band 1.
- 14** Rundschreiben an die Mitglieder der Landesorganisation Hamburg der S.P.D., Hamburg, 5. Mai [1933], AdsD, Sammlung Flugblätter und Flugschriften 1933 undatiert III.
- 15** Eidesstattliche Erklärung von Margarethe Kober, 17.6.1955, Wiedergutmachungsakte Karl Meitmann, Staatsarchiv der Freien und Hansestadt Hamburg (StAH), 351–11. Frau Kober war die geschiedene Ehefrau von Max Leuteritz, der als Vorgänger von Karl Meitmann der Hamburger SPD vorstand.
- 16** Mitteilung an den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei in Hamburg, Claus Umland, Dezember 1951, (Forschungsstelle für Zeitgeschichte Hamburg (FZH), 8332; Wiedergutmachungsakte Claus Umland, StAH, 351–11.
- 17** Siehe Schramm (wie Anm. 10), S.62.
- 18** Mitteilung an den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei in Hamburg, Claus Umland, Dezember 1951, FZH, 8332; angeblich wurden „Beträge und Werte von 3 790 682,46 Reichsmark“ im Parteibüro der SPD, im Reichsbanner, bei der Produktion, der SPD in Cuxhaven, dem Gewerkschaftshaus Hamburg GmbH, der Hamburgischen Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co, der Hanseatischen Landdruckerei GmbH in Bergedorf, bei der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten (Kontoinhaber SPD und Nebenorganisationen sowie Auer & Co) und dem Postscheckamt Hamburg (Kontoinhaber SPD und Nebenorganisationen sowie Auer & Co) beschlagnahmt, Hamburger Fremdenblatt, 14.5.1933. Inwieweit es sich um eine seriöse Zusammenstellung oder um NS-Propaganda handelte, ist nicht bekannt. Siehe auch Ditt (wie Anm. 2), S. 61.
- 19** Bericht von Irma Keilhack, in: Frauen im Faschismus/Frauen im Widerstand. Hamburger Sozialdemokratinnen berichten, hrsg. v. AsF Hamburg, o.D. Hamburg, S. 32.
- 20** Witt (wie Anm. 2), S. 194 FN 133.
- 21** Mitteilungen von Herrn Gustav Dahrendorf für Herrn Dr. Heffter und Herrn Biermann von der Forschungsstelle am 25. September 1950, FZH, 8332 SPD 1933–1945 Berichte.
- 22** Siehe dazu Markus Oddey: Der „Lübecker Volksbote“, in: Demokratische Geschichte 16, 2004, S.112.
- 23** Holger Martens: Die Geschichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Schleswig-Holstein 1945 bis 1949, Malente 1998, Bd. 1, S.172.
- 24** Siehe dazu Oddey (wie Anm. 22), S.112.
- 25** Siehe dazu Matthias (wie Anm. 10), S. 180–187.
- 26** Witt (wie Anm. 2), S. 198.

- 27 Witt (wie Anm. 2), S. 198 FN 154.
- 28 Dokument 15: Der Fraktionsvorsitzende der SPD an den Alterspräsidenten der Bürgerschaft, 10.5.1933, in: Timpke (wie Anm. 2), S. 115.
- 29 Ditt (wie Anm. 2), S. 67; Witt (wie Anm. 2), 198f. und FN 160.
- 30 Witt (wie Anm. 2), S. 193 und FN 130.
- 31 Rotes Blitzlicht. Mitteilungen nur für Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei, Hamburg, 3. Juni 1933, FZH, Kasten 833.
- 32 Rotes Blitzlicht, 10.6.1933, FZH, Kasten 833, bei beiden Ausgaben handelt es sich um Kopien unbekannter Herkunft.
- 33 Dahrendorf datiert die Sitzung fälschlicherweise auf den 13. Juni, Mitteilungen von Herrn Gustav Dahrendorf für Herrn Dr. Heffter und Herrn Biermann von der Forschungsstelle am 25. September 1950, FZH 8332 SPD 1933–1945 Berichte. Darüber, ob tatsächlich an zwei Tagen getagt wurde, liegen widersprüchliche Angaben vor.
- 34 Herbert Ruschweyh an Kurt Berkmann, 5.8.1933, AdSD, Nachlass Else Berkmann.
- 35 Rudolf Saalfeld (Die Verhaftung der gesamten Parteiführung der SPD 1933), o.D., FZH, 8332 SPD 1933–1945 Berichte.
- 36 Hans Staudinger: Wirtschaftspolitik im Weimarer Staat. Lebenserinnerungen eines politischen Beamten im Reich und in Preußen 1889 bis 1934, hg. und eingel. von Hagen Schulze, Bonn 1982, S. 128.
- 37 Walter Schmedemann: Die Tätigkeit der Eilbeker Genossen in der Widerstandsbewegung nach dem Verbot der SPD im Jahre 1933, in: SPD Landesorganisation Hamburg (Hg.): Begleitheft zur Ausstellung „125 Jahre SPD in Hamburg“, Hamburg o.J. (1988), S. 27.
- 38 Herbert Ruschweyh an Jonni Schacht, 9.10.1933 und 29.11.1933, Privatbesitz Arlt.
- 39 Ditt (wie Anm. 2), S. 68; Franklin Kopitzsch: Für Hamburg im Parlamentarischen Rat: Bürgermeister A.D. Adolph Schönfelder / SPD, Präsident der Bürgerschaft, in: Drei Hamburger im Parlamentarischen Rat: Adolph Schönfelder und Paul de Chapeaurouge, Hermann Schäfer, hg. Landeszentrale für politische Bildung, Hamburg 1999, S. 17.
- 40 Entschädigungsakte Paul Thormann, Landesarchiv Schleswig (LAS).
- 41 Der Parteiausschuss setzte sich aus den 13 Mitgliedern des Landesvorstandes und den 36 Distriktvorsitzenden zusammen. Der letzte Landesvorstand wurde auf der Generalversammlung am 25.1.1932 gewählt, Hamburger Echo 26.1.1932; siehe auch Witt (wie Anm. 2), S. 202f.; die zuverlässigsten Angaben über die Vorsitzenden der Distrikte gibt eine Aufstellung der Polizeibehörde, Die Polizeibehörde Hamburg, Betrifft: Beschlagnahme des Vermögens der S.P.D., 28.6.1933, FZH, 833-3 SPD Hamburg 1933–1945, allerdings war auch diese Liste nicht auf dem neuesten Stand, so hatten in Langenhorn Paul Thormann und Bruno Lauenroth die Distriktsführung von Fritz Spangenberg und Wilhelm Hagen übernommen, Entschädigungsakte Paul Thormann, LAS.
- 42 Hier wird fälschlicherweise der 18.6. als Tag der Versammlung genannt, Dokument 18: Der Polizeisenator an das Reichsministerium des Innern, 21. Juni [1933], Timpke (wie Anm. 2), S. 118.
- 43 Walter Schmedemann: Die SPD in der Emigration und in der Widerstandsbewegung, o.D., FZH, 18-2.6. Nachlass Blankenfeld - AvS, Diverses; bestätigt wird diese Zahl von Friedrich Born; nach Staudinger gab es 36 Teilnehmer, nach Thormann nahmen gut 40 Leute teil, nach Dahrendorf waren es 30 bis 40 Teilnehmer, nach Berkmann wurden 67 SPD-Mitglieder verhaftet.
- 44 Grete Zabe wird hier fälschlicherweise noch als Bürgerschaftsmitglied bezeichnet. Sie war am 14. Mai 1933 zurückgetreten, Dokument 18: Der Polizeisenator an das Reichsministerium des Innern, 21. Juni [1933], Timpke (wie Anm. 2), S. 118.
- 45 Die SPD-Abgeordneten hatten mit dem Rundschreiben vom 24.6.1933 die Aufforderung erhalten, Fahrkarten und Schlüssel bis zum 30.6. abzugeben. „Die Nichtbefolgung dieser Aufforderung wird in den meisten Fällen darin ihren Grund haben, daß die Beteiligten sich in Verwahrung befinden“, Der Präsident der Bürgerschaft, 6.7.1933, StAH, 121-3 I Bürgerschaft I A 34/2; Verzeichnis [mit den neun Namen], 6.7.1933, StAH, 121-3 I Bürgerschaft I A 34/2; Brüggmanns Teilnahme wurde von seinem Sohn Gerhard bestätigt, Telefoninterview 13.9.2010; Hedwig Günther nennt Schumann als Teilnehmer bei ihrer Aussage gegen Karl Kaufmann am 20.10.1949, StAH, 213-11, 12790/57 Bd. 2.
- 46 Für Freiheit und Demokratie. Hamburger Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Verfolgung und Widerstand 1933–1945, hrsg. v. SPD Landesorganisation Hamburg, Arbeitskreis Geschichte und Arbeitsgemeinschaft ehemals verfolgter Sozialdemokraten, Hamburg 2003, S. 195.
- 47 Der Sohn, Wilhelm Bock Junior, Jahrgang 1918, konnte sich nach Angaben der Enkelin 2009 nicht daran erinnern, dass der Vater bereits 1933 vorübergehend in Haft gewesen ist. Für die Teilnahme von Wilhelm Bock gibt es einen handschriftlichen Hinweis in der AvS Kartei. Auch Hedwig Günther nennt Bock als Teilnehmer bei ihrer Aussage gegen Karl Kaufmann am 20.10.1949, StAH, 213-11, 12790/57 Bd. 2.
- 48 Gesichtet wurden die Wiedergutmachungsakten von Born, Braune, Brunhöver, Dahrendorf, Finnern, Hartlein, Adolf Keilhack, Meitmann, Raloff, Saalfeld, Schacht, Willi Schmedemann, Walter Schmedemann, Sellmer, Tessnow, Ullrich, Westphal, Zabe, alle StAH, 351-11; Entschädigungsakte Paul Thormann, LAS Schleswig; Kurt Berkmann, Antrag auf Wiedergutmachung, Landesarchiv Baden-Württemberg (LABW), Wie 33 T 1 Nr. 3590; Berkmann nennt als Teilnehmer: Adolf Schönfelder, Hans Podeyn, Gustav Dahrendorf, Hans Staudinger, Walter Schmedemann und Willi Schüler, AdSD, Nachlass Else Berkmann.
- 49 Karteiblatt der AvS (Arbeitsgemeinschaft ehemals verfolgten Sozialdemokraten), FZH, 18-2.3.5. Nachlass Blankenfeld. Der Tag der Entlassung deckt sich allerdings nicht mit den Angaben anderer Inhaftierter. Die meisten wurden am 22. und am 30. Juli 1933 entlassen. Auch verzeichnet das von der Polizei verwendete Funktionärsverzeichnis Baumann weder als Distriktvorsitzenden noch als Bezirksführer. Allerdings befand sich das Verzeichnis nicht auf dem letzten Stand, Die Polizeibehörde Hamburg, Betrifft: Beschlagnahme des Vermögens der S.P.D., 28.6.1933, FZH, 833-3 SPD Hamburg 1933–1945.
- 50 Friedrich Born an das Amt für Wiedergutmachung, 12.4.1961, Wiedergutmachungsakte Friedrich Born, StAH, 351-11; die Teilnehmer wurden vor allem durch die Sichtung von Wiedergutmachungsakten von in Frage kommenden Personen ermittelt, hier und in Berichten von Anwesenden konnten weitere Teilnehmer ermittelt werden, die Teilnahme von Wilhelm Bock ist auf der Karteikarte der AvS vermerkt, Mitgliederkartei, FZH, 18-2.3.5. Nachlass Blankenfeld.
- 51 Biographien von Dahrendorf, Finnern, Karpinski, Irma Keilhack (frühere Schweder), Meitmann, Raloff, Saalfeld, Walter Schmedemann, Schönfelder, Sellmer, Zabe, in: Für Freiheit und Demokratie (wie Anm. 46).
- 52 Die Berechnung orientiert sich an den Mitgliederzahlen der Hamburger Distrikte ohne Geesthacht und Cuxhaven im Verhältnis zur Gesamtmitgliederzahl nach den Angaben vom 31. Dezember 1928, Bericht der Landesorganisation / Sozialdemokratischer Verein für das Hamburgische Staatsgebiet: über die Geschäftsjahre 1927–1928, Hamburg o.J. [1929], S. 216f.
- 53 Rudolf Saalfeld (Die Verhaftung der gesamten Parteiführung der SPD 1933), o.D., FZH, 8332 SPD 1933–1945 Berichte.
- 54 Kopitzsch (wie Anm. 39), S.17.
- 55 Karl Meitmann am 3. Februar 1965 an die Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg, FZH, 8332 SPD 1933–1945 Berichte.
- 56 Staudinger (wie Anm. 36), S. 128.
- 57 Dokument 18: Der Polizeisenator an das Reichsministerium des Innern, 21. Juni [1933], Timpke (wie Anm. 2), S.118.
- 58 Karl Meitmann am 3. Februar 1965 an die Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg, FZH, 8332 SPD 1933–1945 Berichte.
- 59 Witt (wie Anm. 2), S. 200.
- 60 Dokument 18: Der Polizeisenator an das Reichsministerium des Innern, 21. Juni [1933], Timpke (wie Anm. 2), S. 119.
- 61 Rudolf Saalfeld (Die Verhaftung der gesamten Parteiführung der SPD 1933), o.D., FZH, 8332 SPD 1933–1945 Berichte.
- 62 Rudolf Saalfeld (Die Verhaftung der gesamten Parteiführung der SPD 1933), o.D., FZH, 8332 SPD 1933–1945 Berichte.
- 63 Hamburger Anzeiger vom 17./18.6.1933; Hamburger Fremdenblatt vom 17.6.1933; Hamburger Tageblatt vom 18.6.1933; Hamburger Nachrichten vom 17.6.1933; Hamburgischer Correspondent vom 17.6.1933.
- 64 Mitteilungen von Herrn Gutav Dahrendorf für Herrn Dr. Heffter und Herrn Biermann von der Forschungsstelle am 25. September 1950, FZH, 8332 SPD 1933–1945 Berichte.

- 65** Rudolf Saalfeld (Die Verhaftung der gesamten Parteiführung der SPD 1933), o.D., FZH, 8332 SPD 1933–1945 Berichte.
- 66** Keilhack (wie Anm. 19), S. 32.
- 67** Lebensbilder von Frauen in Hamburg nach 1945. Gesellschaftspolitisch aktive Frauen berichten über ihre Erfahrungen in der Kriegs- und Nachkriegszeit, hrsg. v. Landesverband Hamburger Frauenring e.V., Hamburg 1989, S. 102f.; nach Irma Keilhack befanden sich die Frauen etwa eine Woche in Haft, nur Grete Zabe gibt als letzten Hafttag den 26. Juni 1933 an, siehe Anm. 84.
- 68** Staudinger (wie Anm. 36), S. 128f.
- 69** Ein Leben für Hamburg. Aus den Erinnerungen Adolph Schönfelders, aufgezeichnet von Erich Lüth, Hamburger Echo, 8.4.1960.
- 70** Entschädigungsakte Paul Thormann, LAS.
- 71** Ebd..
- 72** Wiedergutmachungsakte Georg Raloff, StAH, 351-11.
- 73** Wiedergutmachungsakten Adolf Keilhack und Karl Meitmann, StAH, 351-11.
- 74** Wiedergutmachungsakte Robert Finnern, StAH, 351-11.
- 75** Else Berkmann, geb. Schlüter, Antrag auf Wiedergutmachung, LABW, Wie 33 T 1 Nr. 3591.
- 76** Entschädigungsakte Paul Thormann, LAS.
- 77** Hamburger Tageblatt, 18.6.1933.
- 78** Staudinger (wie Anm. 36), S. 129.
- 79** Ebd. S. 131.
- 80** Karl Meitmann am 3. Februar 1965 an die Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg, FZH, 8332 SPD 1933–1945 Berichte.
- 81** In der Wiedergutmachungsakte wird der 23.6. angegeben, in seinen Erinnerungen spricht Schmedeman von zwei Tage bis wenige Tage später, Schmedemann (wie Anm. 37), S. 27; Walter Schmedemann: Die SPD in der Emigration und in der Widerstandsbewegung, o.D., FZH, 18-2.6. Nachlass Blankenfeld - AvS, Diverses.
- 82** Staudinger (wie Anm. 36), S. 130f.
- 83** Herbert Ruscheweyh an Irma Schacht, 26.6.1933, Privatbesitz Arlt.
- 84** Die gemeinsame Verhaftung und Entlassung erwähnt Irma Keilhack, Grüße zum 100. Geburtstag in: Paula Karpinski: Mit der Zeit wird man immer stärker, hrsg. von der SPD Landesorganisation Hamburg, Hamburg 1997, S. 15; Keilhack und Karpinski machen unterschiedliche Angaben über die Dauer der Haft, siehe Anm. 67. Allein Grete Zabe nennt konkrete Daten im Wiedergutmachungsantrag, danach befand sie sich vom 16. bis 26.6.1933 in Haft, der 27.6. ist danach der Tag der Entlassung gewesen, Wiedergutmachungsakte Grete Zabe, StAH, 351-11.
- 85** Polizeiherr war Richter, weitere Verhandlungen mit Ruscheweyh hatte Richter offensichtlich davon abhängig gemacht.
- 86** Herbert Ruscheweyh an Jonni Schacht, 28.6.1933, Privatbesitz Arlt; das Schreiben ist veröffentlicht unter Jonni Schacht: Dokumente www.politisch-verfolgte.de; unter dem Aktenzeichen 24945 vertrat Ruscheweyh vermutlich alle Versammlungsteilnehmer, übereinstimmende Schreiben wurden in den Wiedergutmachungsakten von Schacht, Ullrich, Born und Braune sowie in der Entschädigungsakte von Thormann gefunden.
- 87** Gemeint ist möglicherweise Max Lahts, NSDAP-Gauinspektor und später Präsident des Strafvollzugsamtes.
- 88** Vermerk, 24. Juni 1933, W. Rupprecht, StAH, 121-3 I Bürgerschaft I A 34/2.
- 89** Dokument II: Verbot der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 22.6.1933, in: Peter Grasmann: Sozialdemokraten gegen Hitler 1933–1945, München 1976, S. 142f.
- 90** Protokoll der 7. (3.) Sitzung der Bürgerschaft, Mittwoch, den 28. Juni 1933.
- 91** Die Polizeibehörde Hamburg, Betrifft: Beschlagnahme des Vermögens der S.P.D., 28.6.1933, FZH, 833-3 SPD Hamburg 1933–1945; Bezirke waren die Untergliederungen der Distrikte.
- 92** Herbert Ruscheweyh an Jonni Schacht, 12.7.1933, Privatbesitz Arlt.
- 93** Staudinger (wie Anm. 36), S. 131.
- 94** Entschädigungsakte Paul Thormann, LAS; Ein Leben für Hamburg. Aus den Erinnerungen Adolph Schönfelders, aufgezeichnet von Erich Lüth, Hamburger Echo 8.4.1960.
- 95** Nach Staudingers Erinnerung erfolgte seine Entlassung am 17. Tag, Staudinger (wie Anm. 36), S.133, das wäre etwa der 3. Juli gewesen, nach den bisherigen Erkenntnissen erscheint eine Entlassung zu diesem Zeitpunkt als eher unwahrscheinlich.
- 96** Herbert Ruscheweyh an Kurt Berkmann, 5.8.1933, AdsD, Nachlass Else Berkmann.
- 97** Nach Thormann zweimal wöchentlich, Entschädigungsakte Paul Thormann, LAS; Ullrich musste täglich um 12.00 auf der Polizeiwache Marktplatz Eimsbüttel erscheinen., Wiedergutmachungsakte Karl Ullrich, StAH, 351-11.
- 98** Ruscheweyh an Jonni Schacht, 9.10.1933, Privatbesitz Arlt.
- 99** Wiedergutmachungsakte Friedrich Born, StAH, 351-11.
- 100** Hanseatisches Oberlandesgericht, Urteil, O. Js. 324/35. Hausen und Andere (Anklage 6), FZH, 833-8.
- 101** Wiedergutmachungsakte Heinrich Braune, StAH, 351-11.
- 102** Hanseatisches Oberlandesgericht, Urteil, O. Js. 324/35. Hausen und Andere (Anklage 6), FZH, 833-8. Nur in einem weiteren Fall fanden nach bisherigen Erkenntnissen die Vorgänge um die „Echo“-Versammlung in einem politischen Verfahren Berücksichtigung. In der Anklageschrift gegen Karl Ullrich heißt es: „Im Jahre 1933 wurde er in Schutzhaft genommen, da er an einer Zusammenkunft sozialdemokratischer Führer im Parteihaus in der Fehlandstrasse teilgenommen hatte. Im Juli 1933 wurde er aus der Schutzhaft entlassen“, Anklageschrift gegen Ullrich u.a., O Js 267/35, FZH, 18-2.6. Nachlass Blankenfeld - AvS, Diverses.
- 103** Eidesstattliche Erklärung von Herbert Dohrendorf, 24.5.1955, Wiedergutmachungsakte Karl Meitmann, StAH, 351-11.
- 104** Herbert Ruscheweyh an Jonni Schacht, 29.11.1933, Privatbesitz Arlt.
- 105** Herbert Ruscheweyh an Jonni Schacht, 6.12.1933, Privatbesitz Arlt.
- 106** Martens: Wegweiser (wie Anm. 2), S. 15–18.
- 107** Siehe Ditt (wie Anm. 2), S. 87-92.
- 108** Wiedergutmachungsakte Robert Finnern, StAH, 351-11; zu Widerstand und Verfolgung siehe: Für Freiheit und Demokratie (wie Anm. 46), insbesondere Walter Tormin: Verfolgung und Widerstand von Hamburger Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten 1933–1945, S. 10–22.
- 109** Liste der Delegierten, o.D., AdsD, SPD Parteivorstand – Referat Organisation, Mappe 02986.
- 110** Keilhack (wie Anm. 19), S. 33.
- 111** Kurt Berkmann, Antrag auf Wiedergutmachung, LABW, Wie 33 T 1 Nr. 3590.
- 112** Mitteilungen von Herrn Gutav Dahrendorf für Herrn Dr. Heffter und Herrn Biermann von der Forschungsstelle am 25. September 1950, FZH, 8332 SPD 1933–1945 Berichte.
- 113** Liste der Delegierten, o.D., AdsD, SPD Parteivorstand – Referat Organisation, Mappe 02986.
- 114** Hedwig Günther nennt Selbach zusammen mit Schumann, Bock und Finnern, Aussage gegen Karl Kaufmann am 20.10.1949, StAH, 213-11, 12790/57 Bd. 2
- 115** Zu Otto Schumann siehe: Frank Müller: Mitglieder der Bürgerschaft – Opfer totalitärer Verfolgung, 2. überarbeitete und ergänzte Auflage, Hamburg 1995, S. 68f.
- 116** Keine Informationen liegen über Willi Schüler vor.
- 117** Walter Tormin: Die Geschichte der SPD in Hamburg 1945 bis 1950, Hamburg 1995, S. 314.
- 118** Liste der Delegierten, o.D., AdsD, SPD Parteivorstand – Referat Organisation, Mappe 02986.